

23/1994

UID EXTRA:
Auf in den
Familiensommer
+ Gesamtangebot

Address/20
Bundespräsident Roman Herzog:

Meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen

Als erster Bundespräsident des geeinten Deutschland ist Roman Herzog am 1. Juli im Berliner Reichstagsgebäude vereidigt worden.

In einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat leistete der bisherige Präsident des Bundesverfassungsgerichts seinen Amtseid, mit dem er versprach, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, dessen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

In seiner Abschiedsrede hatte zuvor Richard von Weizsäcker zu einer Politik der Reformen in Deutschland aufgerufen. Das vereinigte Deutschland müsse „Mut zur Veränderung“ haben und die drängenden Probleme anpacken. Als Schwerpunkte nannte er die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine Bildungsreform sowie neue Wege zur Sicherung der Umwelt.

Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth dankte dem scheidenden Staatsoberhaupt für sein Wirken: Er sei im besten Sinne des Wortes der erste Bürger des Staates gewesen.

An den neuen Präsidenten Roman Herzog gewandt, erklärte Rita Süsmuth: „Wir brauchen Menschen, die uns Wege weisen.“ Das Parlament sei überzeugt, daß Herzog die Bundesrepublik bei der Gestaltung einer friedvollen Zukunft begleiten und uns allen helfen werde, „unsere Verfassung zu leben“.

HEUTE AKTUELL

- **Bundespräsident**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Richard von Weizsäcker hat mit beispielhaftem Einsatz durch die Macht seines Wortes viel bewirkt. Seite 2
- **Sozialdemokraten**
Generalsekretär Peter Hintze: Der SPD ist jetzt offenbar jedes Mittel recht. Seite 3
- **Bonn – Peking**
40 Verträge und Geschäfte mit China in Milliardenhöhe. S. 35
- **Steuerpolitik**
Zukunftssicherung durch Unternehmensteuerreform. S. 43

Den vollen Wortlaut

der Reden von Richard von Weizsäcker und Roman Herzog bringen wir in der nächsten Ausgabe des UID am 14. Juli.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit beispielhaftem Einsatz durch die Macht seines Wortes viel bewirkt

Zum Wechsel im Amt des Bundespräsidenten erklärte am 1. Juli der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mein besonderer Dank am heutigen Tage gilt dem scheidenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Er hat in seiner zehnjährigen Amtszeit als oberster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland in vorbildlicher Amtsausübung und mit beispielhaftem Einsatz durch die Macht seines Wortes viel bewirkt — sowohl im Inneren als auch für das Ansehen unseres Landes in der Welt.

Mit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 wurde er zum ersten gesamtdeutschen Staatsoberhaupt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Immer wieder hat er sich für mehr gegenseitiges Verständnis und ein besseres Miteinander im vereinten Deutschland eingesetzt. Seine Würde,

seine Nachdenklichkeit und seine Integrationsfähigkeit haben ihm in der Bevölkerung viel Sympathie und hohen Respekt eingetragen. Richard von Weizsäcker gebührt unser aller Dank.

Mit Professor Roman Herzog tritt heute ein Mann das Amt des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland an, der seine neue Aufgabe vor allem darin sieht, Präsident aller Deutschen zu sein. In vielen wichtigen Ämtern, zuletzt als Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat er sich hohes Ansehen erworben. Er steht ein für die Grundwerte unserer Verfassung, auf die die Gemeinsamkeit aller Demokraten in Deutschland sich gründet und die es gegen Extremisten von rechts wie von links gleichermaßen zu verteidigen gilt.

Ich wünsche Roman Herzog für seine neue Aufgabe Kraft und Gottes Segen — und uns allen, daß wir während seiner Amtszeit der inneren Einheit unseres Vaterlandes ein gutes Stück näher kommen.

Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU dankt Richard von Weizsäcker

Mit Richard von Weizsäcker scheidet ein großer Präsident aller Deutschen aus dem Amt. Durch seine Integrationskraft und seine richtungsweisenden Reden hat er das Amt des Bundespräsidenten nachdrücklich geprägt. Deutschland ist durch seine Amtsführung würdig repräsentiert worden. Er hat damit einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, das Ansehen Deutschlands in der Welt zu mehren. Seit dem 3. Oktober 1990 war er Bundespräsident des wiedervereinten Deutschlands. Er hat sich um unser Land verdient gemacht. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt Richard von Weizsäcker für zehn gute Jahre im höchsten Amt unseres Staates.

Peter Hintze: Der SPD ist jetzt offenbar jedes Mittel recht

Zur geplanten Zusammenarbeit der SPD mit der PDS in Sachsen-Anhalt erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Rudolf Scharping hat monatelang die deutsche Öffentlichkeit über seine Koalitionsabsichten getäuscht. Erst mit dem verzweifelten Versuch, in Sachsen-Anhalt eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Hilfe der PDS-Kommunisten zu installieren, zeigt die SPD ihr wahres Gesicht.

Wenn einige in der SPD für ihre Partei erklären, sie stünden der PDS näher als der CDU, dann vollzieht die SPD den Schwenk von der Gemeinsamkeit der Demokraten zur Kumpanei der Sozialisten. Der Händedruck zwischen KPD und SPD im SED-Parteiabzeichen läßt grüßen.

Sozialistische Einheitsfront gegen Koalition der Mitte — wenn das die Alterna-

tive für die Bundestagswahl sein soll, dann muß Scharping dies jetzt klar sagen. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ein weiteres Mal über die Absichten der SPD belogen werden. Der SPD scheinen offenbar alle Mittel recht zu sein: Rudolf Scharping muß jetzt öffentlich sagen, ob er durch Tolerierung und damit in Abhängigkeit von der PDS an die Macht kommen will. Dann wissen die Bürger endgültig, welche Wahl am 16. Oktober ansteht.

Scharping muß klarstellen

Ich fordere Rudolf Scharping auf, jetzt klipp und klar zu sagen, welche Absichten er im Blick auf Grüne und PDS bei der Bundestagswahl hegt. Sucht er etwa auch im Bund ein stilles Einvernehmen mit der PDS nach dem Magdeburger Modell?

Das Magdeburger Modell zielt auf Bonn

Nachdem PDS-Führer Bisky seine Zustimmung zu einer rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt gegeben hat, ist die Lage klar: Die Kommunisten versuchen, mit Hilfe der SPD wieder in Schlüsselpositionen zu kommen.

Irgendwann wird die PDS den Preis für dieses Wohlverhalten einfordern. Angesichts der in der DDR vom SED-Regime begangenen Untaten ist es jetzt eine Ungeheuerlichkeit, wie die SPD die Organisation der Schergen von Bautzen hofiert. Damit droht die stalinistische Strategie erneut aufzuge-

hen, bei der die bürgerliche Linke die Rolle des nützlichen Idioten spielt.

Komplettiert wird der wiederentdeckte Händedruck zwischen SPD und SED durch die Unterstützungsangebote von Gregor Gysi an Rudolf Scharping. Wenn Scharping noch am Konsens der Demokraten gelegen ist, dann wird er dieses vergiftete Unterstützungsangebot der PDS nicht schlucken.

Rudolf Scharping muß den Wählerinnen und Wählern erklären, ob das Magdeburger Modell jetzt zur Strategie der SPD auf Bundesebene wird.

„Probleme mit der Wirklichkeit“

Sozialistische Einheitsfront von SPD und PDS

Mit einem Schlag hat die SPD ihre wahren Absichten offenbart. Nach monatelangen Täuschungsversuchen steht jetzt fest, wie die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt und offenbar auch in Bonn an die Macht kommen wollen.

Hatten Scharping und Höppner vor der Wahl in Sachsen-Anhalt noch jede Absprache mit der PDS ausgeschlossen, sieht sich die deutsche Öffentlichkeit nach dem Wahltag von der SPD getäuscht.

Widerstand in der SPD

Doch schon gibt es Kritik an den Volksfrontplänen der Genossen. Bei einer von der PDS tolerierten rot-grünen Koalition würde die SPD „in dramatischer Weise ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen“, warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier. (ddp/ADN, 1. 7. '94)

Das „Spiel“, das die SPD derzeit spiele, sei „zu riskant, als daß es gespielt werden dürfte“. Die „PDS-Kommunisten“ würden sich dabei nur „ins Fäustchen lachen“. Niggemeier warf der PDS vor, „immer noch in der Tradition Lenins“ zu agieren. (ebenda)

Auch die Witwe Willy Brandts kritisierte Scharping in scharfer Form: „Gestern noch umwarb der Kanzlerkandidat die bürgerliche Mitte, heute wirft er sich in radikale und unberechenbare Arme. Es ist politisches Abenteuerium und sonst gar nichts.“ (Bild, 30. 6. '94) (vgl. S. 11)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Andres kritisierte: „Das Festhalten an einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt wird immer verrückter und für die Wähler nicht mehr vermittelbar. Fakt ist: Einige Oberstrategen in der Bonner SPD-Zentrale haben sich diese Konstruktion ausgedacht und dann dem Reinhard Höppner empfohlen. Aber für dieses Modell wird die PDS immer gebraucht. Und die wird eine rot-grüne Regierung auf die Dauer nicht zum Nulltarif unterstützen.“ (Bild, 5. 7. '94)

Extremistische Partei

Die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt warnte ihre Partei vor einer Zusammenarbeit mit der PDS: „Ich kann nur raten, sich nicht von der PDS abhängig zu machen, auch nicht durch eine Duldung. Ich halte die PDS noch immer für eine extremistische Partei.“ (Bild am Sonntag, 3. 7. '94)

Kritik übte auch der IG-Chemie-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe. Er warnte seine Partei, „auf der Linken Kräfte wie die PDS hof-fähig“ zu machen. (Welt am Sonntag, 3. 7. '94)

Kritik aus Wirtschaft und Gewerkschaften

Der ehemalige Hamburger Bürgermeister und jetzige Vorstandsvorsitzende der Takraf Schwermaschinenbau in Leipzig, Klaus von Dohnanyi, erklärte, die Grünen und die PDS hätten „keine Ahnung“ davon, wie die Wirtschaft funktioniert. „Wer jetzt glaubt, er kann Duldungs- oder Koalitionsgespräche mit ihnen treffen, der ruiniert Deutschland.“

Auch die Wirtschaftsverbände und der DGB in Sachsen-Anhalt erteilen einer

rot-grünen Minderheitsregierung mit Duldung der PDS eine klare Absage: „Das ist eine Situation, die in den wirtschaftlichen Abgrund führt, viele Investoren und Sponsoren bekommen allmählich kalte Füße und werden den Geldhahn zudrehen“, erklärte der geschäftsführende Gesellschafter der Abtshof GmbH, Gerhard Mette. (Volksstimme, 1.7. '94)

Sachsen-Anhalts DGB-Chef Jürgen Weisbach favorisiert eine große Koalition „im Sinne der politischen Stabilität und Regierungsfähigkeit als die günstigste Variante“. (Volksstimme, 1.7. '94)

Nähe zur PDS

Unterdessen halten führende Sozialdemokraten an der Zusammenarbeit mit der PDS fest. Gerhard Schröder sieht sogar enge Gemeinsamkeiten zwischen PDS

und SPD: „Vor allem im sozialen Bereich ist die PDS der SPD sicher in manchem näher als die CDU.“ (Welt am Sonntag, 3.7. '94)

„Die SPD schwankt nicht mehr. Sie ist umgeschwenkt. Ihr Signal von Magdeburg ist eindeutig. Sie setzt auf Rot-Grün und ist bereit, sich von jenen Kräften tolerieren zu lassen, die die ehemalige DDR zu Schrott und zum Untergang regiert haben und vierzig Jahre lang Moskaus Stadthalter waren. Das ist die nüchterne und zugleich bittere Wahrheit.“ So kommentieren die Westfälischen Nachrichten. „Es war für demokratische Parteien in Deutschland bis jetzt ein ungeschriebenes Gesetz, auf Landes- und Bundesebene weder mit Ultralinks noch mit Ultrarechts zu paktieren. Die SPD verläßt diese Plattform. Gut, daß nun jeder weiß, woran er ist.“ (WN, 2.7. '94)

Konjunktur belebt:

Deutscher Export boomt

Die neuesten Zahlen: In den ersten vier Monaten hat der Export gegenüber 1993 um 5,9 Prozent auf ein Volumen von 211 Milliarden Mark zugelegt.

Das verarbeitende Gewerbe bekam gleichzeitig 12,8 Prozent mehr Aufträge aus dem Ausland. Besonders bemerkenswert: Die deutsche Wirtschaft exportiert immer mehr Waren in außereuropäische Staaten, eröffnet sich neue Märkte in der ganzen Welt. Die Lieferungen in den asiatisch-pazifischen Raum stiegen in diesem Jahr um 12 Prozent. Rasant die Exporte nach China (+ 67 Prozent) und Japan (+ 7,2 Prozent). Auch das Geschäft mit Amerika boomt: + 8,4 Prozent.

Weniger Arbeitslose:

Deutlicher Rückgang im Osten

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Juni weiter zurückgegangen. Es wurden insgesamt rund 3,6 Millionen Arbeitslose gezählt — 70 900 weniger als Ende Mai.

Im Westen gab es Ende Juni rund 2,5 Millionen Arbeitslose, 28 100 weniger als vor einem Monat. Im Osten ging die Arbeitslosenzahl besonders deutlich um 42 800 auf etwa 1,1 Millionen zurück. Die Quote verringerte sich im Vergleich zum Mai von 15,4 auf 14,8 Prozent. „In den alten Bundesländern macht sich das Ende der Rezession bemerkbar“, sagte der Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Klaus Leven, in Nürnberg. Auch in den neuen Ländern sei die Talsohle am Arbeitsmarkt offenbar überwunden.

Ihr kühner Versuch, in Sachsen-Anhalt eine Regierung der SPD mit dem Bündnis 90/Grüne durchzusetzen, die sich auf nicht mehr als 39 Prozent der Wähler stützen könnte und die sich einer hilfswilligen Einvernahme durch die PDS, unter welchem Kürzel heute die SED, die einstige Staatspartei der DDR auftritt, nicht erwehren könnte und dies sogar als Hilfe in der Not willkommen heißen müßte, wird von lebhaften Rufen „Haltet den Dieb!“ begleitet. Der CDU, die auf einer großen Koalition als der normalen Lösung in einem Falle besteht, wenn eine Mehrheit nur mit der

schen Besatzungsmacht in die vorderste Linie der Macht geschoben wurde, mit der Vereinigung zur SED den Weg zur „Massenpartei“ ebnete. Damit wurde die SED auch in gewisser Weise seriös, denn den oftmals aus der sowjetischen Emigration mit festem Parteauftrag heimgekehrten Kommunisten wurde der Charakter einer auf dem Mehrheitswillen beruhenden Partei zuteil.

Die SPD hat sich die Legende gern gefallen lassen, die sich seit den fünfziger Jahren, seit der Teilung Deutschlands, zumal in der Bundesrepublik entwickelt hatte, daß sich die Partei dem mörderischen

Die Sozialdemokraten haben wenig Grund, die Union als ehemalige Blockpartei anzuklagen

Unterstützung einer nicht zum demokratischen Spektrum gehörenden Partei zu erzielen ist, wird von der SPD vorgeworfen, sie habe sich schließlich die von der SED abhängig gewesene Blockpartei, die CDU aus der DDR, einverleibt. Außerdem wird erinnert an die Bauernpartei aus der DDR, die gleichfalls in der CDU aufgegangen sei.

Diese Vorwürfe, die von so unterschiedlichen Politikern erhoben werden wie dem ausgefuchsten Taktiker Verheugen aus dem Westen und dem eher auf Bravheit Anspruch erhebenden stellvertretenden Parteivorsitzenden Thiere (der aus dem Osten kommt), haben einen auffälligen Charakter des Sichentschuldigens. In dem von der SPD behaupteten „Ihr auch“ ist stillschweigend enthalten, daß sich die SPD auf das Jahr 1946 besinnt, in dem sie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die von der sowjeti-

Druck der KPD gebeugt hätte. Tatsächlich hat es in der im Juni 1945 wiedergegründeten SPD der Sowjetzone einiges Widerstreben gegeben, an dem auch der spätere Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, teilgenommen hatte. Aber Grotewohl war es dann auch, der im April 1946 beim zentralen Vereinigungsparteitag in

**Von Friedrich Karl Fromme
in der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“
vom 1. Juli 1994**

Berlin unter allgemeinem, sicher nicht bis auf das letzte Händeklatschen erzwungenem, Jubel die Bruderhand des kommunistischen Parteiführers Pieck (Ulbricht arbeitete im Hintergrund) ergriffen hatte. Schon auf einer gemeinsamen Konferenz

der SPD und der KPD („Sechzigerkonferenz“) im Dezember 1945 gaben die SPD-Vertreter grundsätzlich dem Verlangen der KPD nach einer Vereinigung der beiden Parteien statt.

SPD hat mitgeholfen

Sicherlich hat dabei der latente, aber spürbare Druck der KPD eine Rolle gespielt, hinter dem übermächtig die sowjetische Besatzungsmacht stand, daneben aber auch der Opportunismus, der es zu verbieten schien, sich dem Zug der Zeit entgegenzustemmen, schließlich auch sentimentale Betrachtungen über die Notwendigkeit einer „Einheit der Arbeiterklasse“. Auf den verschiedenen Vereinigungsparteitagen (sie wurden längerweil abgehalten) im Frühjahr 1946 war jedenfalls ebensowenig etwas davon zu spüren, daß hier vergräme Sozialdemokraten mit Macht in die Arme der KPD getrieben wurden, wie auf dem zentralen Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast. Die SPD muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie damals geholfen hat, die SED zu einer Partei zu machen, die in der Lage war, die absolute Macht in der Sowjetzone zu übernehmen, sie späterhin in der DDR weiter auszuüben und das Ganze, etwas dünn zwar, demokratisch zu legitimieren.

Die SPD wurde zu einem eingeschmolzenen, allmählich dahinschwindenden, ihre Eigenart rasch verlierenden Teil der SED, der eigentlichen Unterdrückungsorganisation in der DDR. Von den Sozialdemokraten, die ihr Widerstreben mit Straflagger oder Tod bezahlen mußten, ist auffällig wenig die Rede. Die neue SPD in Ostdeutschland hat mit alledem schon aus Generationsgründen nichts mehr zu tun. Aber um so schwerer verständlich ist, wie bereitwillig „neue“ Sozialdemokraten von der Art des Fraktionsvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Höppner, die wohlbe-

gründete Scheu vor jeder Nähe zur SED verdrängen.

Die CDU in der Sowjetzone wurde, wie die SPD auch, im Juni 1945 gegründet, nachdem die sowjetische Militäradministration am 10. Juni die Gründung von Parteien „freigegeben“ hatte. Die CDU knüpfte personell an das alte Zentrum an. Es lag aber nahe, das Fundament zu erweitern in Richtung auf eine allgemeine christliche Gesinnung. Auch manche ehemalige Angehörige der Deutschen Demokratischen Partei, der links neben der Deutschen Volkspartei stehenden Liberalen aus der Weimarer Zeit, stießen hinzu. Die sowjetische Besatzungsmacht hätte eine Wiedergründung des Zentrums vorgezogen; sie mißtraute einer CDU und ihrer, was zumal bei den nicht von der Tradition zu der Partei geführten Mitgliedern zum Ausdruck kam, betont christlichen Einstellung. Sie war auf den Veranstaltungen der Ost-CDU anfänglich lebhaft spürbar.

Flucht in den Westen

Zwar konnte sich die CDU in der Sowjetzone, zunächst unter Führung des früheren Zentrums-Politikers Andreas Hermes, der Einordnung in den „Antifaschistisch-demokratischen Block“ nicht entziehen. Kennzeichnend ist, daß namens der CDU auf der Gründungssitzung des Blocks am 14. Juli 1945 mit Walter Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer für die CDU sämtliche Politiker vertreten waren, die ihr Heil später in der Flucht nach Westdeutschland suchen mußten. Der „Block“ mußte damals nicht unbedingt als eine kommunistisch gelenkte Veranstaltung angesehen werden; der Gedanke einer Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte, auch der „bürgerlichen“, wie es die KPD damals anerkannte und benannte, gegen den „Faschismus“, war

durchaus ein einigendes Band. Es fesselte die CDU nicht an die Politik der KPD und später der SED.

Die CDU hat der kommunistischen Bodenreform, also der entschädigungslosen Enteignung allen landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der mehr als 100 Hektar betrug — die Aktion war verbunden mit brutalen Maßnahmen der Vertreibung, bis hin zur Ermordung —, entschieden widersprochen. Auch mit der Volkskongreßbewegung, also den Vorarbeiten für die Verfassung eines allenfalls auf die sowjetische Besatzungszone beschränkenden Staates, im Jahre 1947 war die CDU erkennbar nicht einverstanden. Ihre führenden Politiker — nach Hermes Hugo Hickmann als amtierender Parteichef, der 1950 aus der Partei ausgeschlossen wurde — lebten am Rande der existenziellen Bedrohung. Der Parteausschluß Hickmanns markiert ungefähr die Zeit, da die CDU der DDR endgültig in das Machtsystem der SED einbezogen wurde.

SED nur mit knapper Mehrheit

Im Oktober 1946 hatte es in der Sowjetzone den Versuch mit Gemeinde- und Landtagswahlen gegeben, der für die SED nicht schlecht, aber angesichts des angewendeten Drucks doch nicht zufriedenstellend ausgegangen war; die SED hatte nicht einmal überall die knappe Mehrheit. Danach hat die SED Wahlen nur noch zugelassen auf der Grundlage einer Einheitsliste der „Nationalen Front“. In ihr war der SED mit Hilfsorganisationen zusammen die absolute Mehrheit gesichert. Als sich dieses System durchgesetzt hatte, mit den ersten Volkammerwahlen 1950, konnte man von der CDU als einer „Blockpartei“ sprechen. Allerdings gab es da immer noch gewisse Absichtungen.

Der SED war jeweils die Mehrheit sicher. Sie gewährte der CDU, manchmal auch der LDP, Posten zweiten Ranges. Trotzdem blieb die CDU in der DDR Zuflucht für diejenigen, die glaubten oder wußten, ein Minimum von „gesellschaftlicher Betätigung“ müsse sein. Mit dem Eintritt in die CDU war der Verzicht auf die Beförderung in ein erstes Amt der jeweiligen Berufslaufbahn verbunden. Zur CDU (Ost) zu gehören, folgte aus einem immerhin gedrosselten Opportunismus, manchmal auch schlicht aus Ängstlichkeit. Entschiedene Christen glaubten, sich auf diese Weise bekennen zu können. Die Zugehörigkeit zur SED war dagegen, von der Überzeugung abgesehen, Opportunismus in Reinkultur: Man wollte zu denen gehören, die in Wartestation für erste Positionen waren und im inneren Kreis der Macht lebten. Das nur opportunistische CDU-Mitglied ist schwer vorstellbar; zur CDU (Ost) gehörten manche, die ängstlich waren, die sich sichern wollten gegen Zumutungen der SED, die dies zu bezahlen bereit waren mit einem Verharren für immer und ewig im zweiten Rang. Gewiß gab es bei der SED, in fließendem Übergang zum Opportunismus, auch den festen Glauben an die historische Richtigkeit des Marxismus-Leninismus. Diese Gläubigen sind, was für sie spricht, bei der SED geblieben, manche sicher auch bei der PDS.

Auf einmal PDS

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hilsberg aus Brandenburg hat in der „tageszeitung“ darauf hingewiesen, daß die PDS, zu welcher sich die SED im Dezember 1990 umbenannte, zu 95 Prozent aus ehemaligen SED-Mitgliedern bestehe. Unter anderem deshalb sei die PDS kein Bestandteil des demokratischen Spektrums. Bei der Ost-CDU von einst sei es

anders; sie sei nun eingebunden in die gesamtdeutsche CDU.

Tatsächlich hat sich die CDU (West) Anfang Oktober 1990 auf dem Parteitag in Hamburg mit der Ost-CDU vereinigt. Die Bauernpartei, eine Gründung der SED zum Zwecke der Sicherung ihrer scheidemokratischen Mehrheiten, hatte sich aufgelöst unter der Empfehlung, man möge der CDU beitreten. Davon ist nur wenig Gebrauch gemacht worden; die Bauernpartei war in dieser Gründung der SED im wesentlichen aus Gründen der Anpassung, sie sehnten sich nicht nach einer neuen Parteibindung. Der Vorwurf, eine zweite Blockpartei vereinbart zu haben, geht fehl.

Starke Reform-CDU

Außerdem waren in der CDU der DDR seit der Wende vom Herbst 1989 die Kräfte stark, die gerade von der Blockpartei namens CDU nichts wissen wollten. Es mag sein, daß in der Übergangszeit die Ost-CDU für die westliche Partei als eine willkommene Bereicherung angesehen wurde. Aber das verkannte die lebhaften Streitigkeiten in der Partei zwischen den „Blockflöten“ und den neuen CDU-Leuten, die erst nach der Revolution in der DDR in die CDU gegangen waren. In Sachsen zum Beispiel hat Ende 1991 die Reform-CDU, haben die Neuerer dort, die sämtlich dem DDR-System widerstrebt hatten, den maßgebenden Einfluß gewonnen. Oder sollten Leute wie Vaatz (Umweltminister in Sachsen), Itgen (Landtagspräsident in Dresden), Heitmann (Sächsischer Justizminister) oder Geisler (Sozialminister in Dresden) CDU-Mitglieder sein von einer Art, die der SPD das Hinnehmen von Unterstützung durch die PDS im Sinne eines Gegenbildes rechtfertigen könnten? Heute ist es so, daß auf die Lebensläufe von CDU-Mitgliedern geschaut wird,

wann sie in die Partei eingetreten sind. Ist das erst nach dem Oktober 1989 geschehen, ist es gut. Wer schon zuvor eingetreten ist, muß sich rechtfertigen, warum er in diese Blockpartei gegangen sei.

Die SPD hat also wenig Grund, wegen ihrer mutmaßlichen Inkaufnahme der Unterstützung durch die PDS in Sachsen-Anhalt anklagend auf die CDU hinzuweisen, sie sei auch nicht anders. Das ist wie der Vergleich eines Mittäters zu einem entfernten Mitwisser. Die SPD ist 1946 in der Sowjetzone unter Anleitung der KPD in der SED aufgegangen, und sie hat bis zum Herbst 1989 keinen Versuch einer Distanzierung unternommen. Sie war stets zufrieden damit, wenn — in der Anfangszeit, später hat sich das abgeschliffen — auch einmal ein ehemaliger SPD-Mann eine gehobene Position bekommen hat.

Die neue SPD im Osten hat mit der alten zu ihrem Vorteil nichts zu tun. Um so merkwürdiger sind die Versuche der SPD, die CDU anzuschuldigen, sie habe sich eine Blockpartei einverleibt und dies habe sie sich wohl bekommen lassen. Die entschiedenen Block-Politiker der Partei sind inzwischen ausgeschieden oder an den Rand gedrängt. Die maßgeblichen, zukunftsbestimmenden Kräfte in der CDU (Ost) stehen selbst in nachhaltiger Gegnerschaft zu allen denen, die sich als „Blockpolitiker“ kompromittiert haben könnten. Dabei ist sogar gelegentlich eine gewisse Unduldsamkeit im Spiel. Sie kennzeichnete bisher, bevor die trickreichen Ideen eines Verheugen einen Oppositionellen aus der DDR, wie Höppner es ist, aus der Bahn brachten, mit Recht auch das Verhältnis der SPD zur beherrschenden Staatspartei namens SED in der untergegangenen DDR. Die PDS ist da Nachfolgerin. Sie trägt die Verantwortung für die Unterdrückung der Bürger der DDR. ■

Arnold Vaatz:

Was wäre gewesen, wenn...?

Nehmen wir an, es hätte sich im Sommer 1945 eine Partei den Wählern gestellt, in der Absicht, nunmehr einen demokratischen Faschismus zu errichten.

Die Partei des Demokratischen Faschismus PDF (eine Gründung alter NSDAP-Genossen) hätte sich von einigen Auswüchsen der Hitler-Diktatur distanziert; sie hätten angeführt, daß es den Deutschen in den dreißiger Jahren wesentlich besser gegangen sei als in der Weimarer Zeit, daß die Kriminalität wirksam bekämpft und die Jugend vor Verwahrlosung bewahrt worden sei. Man hätte auf die grandiosen Autobahnen verwiesen.

Der Nationalsozialismus habe keinesfalls nur Schlechtes gebracht, wie die krasse, für die Mehrheit des Volkes untypische Minderheit der Widerständler und Emigranten zu suggerieren suche. Ein großer Teil von Hitlers Parteigenossen — Soldaten, Beamte, Lehrer — hätte zunehmend und voller Bitterkeit genickt über ein Nachkriegsdeutschland, das ihre Biographien und Lebensleistung nicht mehr gebührend anerkennen wollte.

Ein kleiner Advokat wäre vielleicht auch zur Stelle gewesen — schlau und fetzig, mit sicherem Auftreten, einiger demagogischer Begabung — als Sprecher und Markenzeichen der Partei. Zum Thema Judenverfolgung und Gestapo hätte er gesagt, daß dies Fehler gewesen seien, welche die grundsätzliche Richtigkeit der vielen guten Ideale des Faschismus aber keineswegs in Frage stellen. Viele hätten ihm das glatt abgenommen, weil man

einem so gewinnenden und gescheiterten Menschen einfach glauben muß. Hitler allein habe das Unheil gebracht, hätte der kleine Advokat behauptet, nicht die vielen einfachen, ehrlichen, guten, arbeitssamen Mitläufer. Wollt ihr Mörder gewesen sein? So hätte er in die Säle gerufen. Und heraus hätte es geschallt: Nein!

Schon 1949 hätte die PDF empfohlen, nun endlich das ewige Gespräch über die Fehler der Vergangenheit zu beenden. Statt dessen solle man doch bitte endlich dazu übergehen, die Fehler der Gegen-

Der sächsische Umweltminister spiegelt die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ in einer politischen Parabel.

wart klar auszusprechen. Warum sind denn jetzt, 1949, noch immer nicht alle Kriegsschäden beseitigt? Warum bewohnt nicht jeder deutsche Volksgenosse eine kleine, reinliche und vor allem bezahlbare Wohnung? Warum habe nicht jeder Deutsche die Arbeit, die er wolle?

Das alte Lied, wonach die Faschisten an all dem Elend schuld seien, höre man nun schon vier Jahre; inzwischen seien die Faschisten längst weg, aber blühende Landschaften wie in Amerika seien noch nirgends in Sicht.

Es ist leicht zu sagen, welche Chancen eine solche Partei 1945 gehabt hätte: keine. Die Erinnerung an die jüngste Vergangenheit wäre noch übermächtig gewesen. Die Alliierten hätten sie obendrein

Politisches Abenteuerertum

Brigitte Seebacher-Brandt zur Situation der SPD angesichts der Bemühungen um eine Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt:

Ein Gespenst geht um; eines, das wir unter den Trümmern der DDR ein für allemal gebannt glaubten: Die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Gestern noch umwarb der Kanzlerkandidat die bürgerliche Mitte, heute wirft er sich in radikale und unberechenbare Arme. Überrascht kann nur sein, wer je an eine Strategie geglaubt hat. Umsfallen und danach drum herumreden mit immer neuen Spitzfindigkeiten tut eine große Partei nur, wenn sie nicht weiß, wozu sie in der Welt da ist. Oder?

Oder ist die Leichtigkeit, mit der die SPD sich wendet, Zeichen von Beha-

gen? Behagen über die neuen Bündnispartner? Man erinnere sich: Als die Mauer fiel, wünschte die SPD das Regime der SED keineswegs und sofort zum Teufel. Seither hat sie auch durch Propagierung ostdeutschen Elends die PDS gemästet, die alte und die neue Spalterpartei. Heute hofiert sie deren Anhänger — und morgen?

SPD bleibt Antwort schuldig

Was die SPD in Sachsen-Anhalt durchsetzen will und ohne PDS wie Grüne nicht durchsetzen kann, die Antwort auf diese Frage bleibt sie uns schuldig. Die deutsche Sozialdemokratie hat eine reiche Tradition, reich an freiheitlichem Bewußtsein und nationaler Verantwortung. Das Stück, das sie derzeit aufführt, hat von beidem nichts. Es ist politisches Abenteuerertum und sonst gar nichts.

zu verhindern gewußt. Aber — gesetzt den Fall, es hätte keine alliierte Besatzung gegeben? Dann hätte es wohl anders gelegen. Die Dreistigkeit einer PDF hätte vielleicht um 1949 einen ersten Erfolg gehabt; und Deutschland sähe heute nicht so aus, wie wir es kennen. Zum Glück gab es eine PDF nie. Aber wir haben heute eine Partei des Demokratischen Sozialismus. Eine Partei, die aus langjährigen, erprobten Streikern für die demokratischste aller Gesellschaftsordnungen besteht, für die Herrschaft der Ausgebeuteten über die Ausbeuter, die Diktatur des Proletariats.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus als Partei der Zukunft verspricht Erlösung von der Verdammnis zur Frei-

heit. Die großen Volksparteien treibt der alte Adam namens Opportunismus zur Verleihung des Status der Salonfähigkeit an die PDS. Das Völlegefühl nach einigen fetten Jahrzehnten hatte abstumpfende Wirkung.

Das östliche Grunderlebnis des 20. Jahrhunderts — Bürger eines sozialistischen Staates zu sein — wird im Osten zunehmend verdrängt. Tief am Grund der Erfolge der PDS in Ostdeutschland liegt die Meinung vieler Deutscher, ihr Verbrehen an den Juden berechtige sie, die Millionen Opfer des Kommunismus (und infolgedessen auch die kleinen Schurkereien der Referatsleiter Stalins in Ostdeutschland) zu ignorieren. Das hören Stalins alte Kämpfer gern. ■

Konzeptionslos und willkürlich

Die Vorschläge der ostdeutschen SPD für das Programm der ersten 100 Tage einer „Regierung Scharping“, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Halle

Auf ihrem Parteitag in Halle legte die Ostdeutsche SPD ein erstes „100-Tage-Programm“ einer „Regierung Scharping“ vor. Die dort unterbreiteten Vorschläge ähneln in manchen Teilen dem sozialistischen Gedankengut der SED-Nachfolgepartei PDS. In anderen Teilen wiederum sind sie lediglich eine schlechte Kopie der von der CDU-geführten Bundesregierung längst durchgeführten Maßnahmen. Dies ist ein weiteres eindrucksvolles Beispiel für die konzeptionslose und willkürliche Politik der SPD.

WIRTSCHAFT

Die SPD will ein milliarden-schweres Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt auflegen, das sie auch schon in ihrem Wahlprogramm fordert.

Tatsache ist:

Völlig unklar bleibt, wie dieses Programm finanziert werden soll. Ein Überdrehen der Steuerschraube jedoch würde den beginnenden Aufschwung in den neuen wie alten Bundesländern gefährden. In diesem Jahr werden private und öffentliche Investoren 160 Milliarden DM in

Mit einem „100-Tage-Programm“ will die SPD den Aufbau Ostdeutschlands voranbringen. Doch viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind längst durch das politische Handeln der CDU-geführten Bundesregierung überholt. In weiten Teilen ähnelt das Papier zudem dem sozialistischen Gedankengut der SED-Nachfolgepartei PDS.

Gebäude, Anlagen und Maschinen in den neuen Bundesländern investieren. Die Nettoinvestitionen je Erwerbstätigen sind inzwischen in Ostdeutschland dreimal so hoch wie in den alten Ländern. Keine andere Regierung hat so wie die CDU-Bundesregierung in Bonn und die CDU-geführten Landesregierungen in den neuen Bundesländern aktiven Umweltschutz und die Beseitigung der dramatischen Altlasten des Sozialismus mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verbunden. Hierdurch werden nicht zuletzt auch modernste Umwelttechnologien entwickelt, die weiterhin Deutschland die

Marktführerschaft in diesem sensiblen Bereich von Zukunftstechnologien sichern werden. Bis jetzt wurden mehr als 30 Milliarden DM für die Sanierung der Altlasten in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt, die zugleich mit dem aktiven Ausbau der Infrastruktur einhergeht. Gegenwärtig sind 17.000 Menschen in der Braunkohlesanierung, 15.000 in der Chemiesanierung, 12.000 bei Stahl- und Elektroindustrie sowie weitere 1.000 in Wismut bei der ökologischen Sanierung tätig. Zur Schaffung einer dauerhaften Infrastruktur im Bereich Schiene, Straße, Telefon sowie Wasserver- und Abwasserentsorgung werden in den nächsten zehn Jahren rund 200 Milliarden DM aufgewendet. Dies kann durch kein staatliches Investitionsprogramm geleistet und verordnet werden. Die CDU setzt vielmehr neben staatlichen Transfers auf die Mobilisierung privaten Kapitals, damit unkonventionelle und kostensparende Ideen entwickelt werden können.

Die SPD sagt, „Sanieren geht vor Privatisieren“, und verspricht außerdem verbilligte Kredite für kleine und mittlere Betriebe sowie „Unterstützungsbeträge und Kredite“ für Noch-Treuhandbetriebe mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren.

Tatsache ist:

Auch hier beweist die SPD ihre immer noch vorhandene Nähe zur verkrusteten Planwirtschaft. Für die CDU steht fest: Eine dauerhafte Sicherung von Industriestandorten kann nur auf der Basis marktwirtschaftlich-orientierter Politik erfolgen. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze können langfristig nur durch private Investoren und durch ihr hohes Interesse, aber auch ein hohes eigenes Risiko getragen und gesichert werden. Deshalb galt

es, die früheren volkseigenen Betriebe möglichst schnell durch die Treuhandanstalt zu privatisieren. Die Erfolge geben der CDU-geführten Bundesregierung recht. Bis Januar 1994 hat die Treuhandanstalt insgesamt 13.836 Unternehmen privatisiert. Hierdurch wurden rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze garantiert und ein Investitionsvolumen von 187,9 Milliarden DM sichergestellt. Darüber hinaus wurden mit dem Konzept der Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne weitere Akzente für mehr Sanierung durch die Treuhandanstalt gesetzt, indem der hierfür maßgebliche Finanzansatz weiter aufgestockt wird. So ist in diesem Jahr vorgesehen, die Ausgaben für diesen Bereich noch einmal um ca. sieben Milliarden DM auf 34 Milliarden DM zu steigern. Nicht Dauersubventionierung, sondern das ständige Bemühen um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze steht insgesamt im Vordergrund der Politik der Treuhandanstalt.

Auch der Mittelstand würde nur vermeintlich durch den Staatshaushalt belastende Zuschüsse profitieren. Wie kein anderer Bereich hat der Mittelstand in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren durch die Politik der CDU gewonnen und ist damit zum Wachstumsmotor für Ostdeutschland geworden. Seit 1990 gab es hier über 610.000 zusätzliche Gewerbeanmeldungen. Bis Mitte 1993 sind im Mittelstand drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Etwa jede zweite Existenzgründung wurde dabei durch öffentliche Mittel gefördert. An Existenzgründer wurden seit 1990 Kredite über mehr als 26 Milliarden DM zugesagt. Aus dem Programm zur Förderung von Unternehmensfestigungen flossen seit 1992 bereits über fünf Milliarden DM. Insgesamt wurden an Finanzierungshilfen bisher mehr als 42 Milliarden DM bewilligt, von denen rund 230.000 Betriebe im Osten Deutschlands profitie-

ren. Wir brauchen keine neuen dirigistischen Programme, sondern die sanfte Unterstützung des unternehmerischen Wagemutes von Existenzgründern in den neuen Bundesländern.

Die SPD will mit Modernisierungsbeihilfen und Präferenzregelungen ostdeutsche Produkte und Dienstleistungen fördern.

Tatsache ist:

Auch hier laufen die Sozialdemokraten den bisher durch die CDU-geführte Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen hinterher. Bereits zu Jahresbeginn 1994 hat die Bundesregierung zur Unterstützung des Absatzes weitere Hilfen für kleinere und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern beschlossen. Dies wird darüber hinaus durch eine kraftvolle Initiative der deutschen Wirtschaft begleitet. Mit einer „Einkaufsoffensive Ost“ tragen die Verbände der deutschen Wirtschaft, BDI und DIHT, gemeinsam mit vielen westdeutschen Mitgliedsunternehmen dazu bei, daß verstärkt Zulieferprodukte und Waren für ihre Unternehmen aus den neuen Bundesländern eingekauft werden. So werden langfristig Geschäftsbeziehungen aufgebaut, die den Unternehmenserfolg einer Vielzahl von Betrieben in den neuen Bundesländern sichern. Nicht Modernisierungsbeihilfen und staatliche Programme, sondern konkretes unternehmerisches Handeln sichert ostdeutschen Betrieben dauerhaft Absatzmärkte.

Die SPD verspricht weitere Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes. Dabei setzt sie auf Projekte zugunsten von Langzeitarbeitslosen sowie zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse.

Tatsache ist:

Durch die aktive Arbeitsmarktpolitik der CDU-geführten Bundesregierung konnten die größten Härten für die Bürger der neuen Bundesländer vermieden werden und in vielen Fällen schon jetzt Perspektiven für neue Beschäftigung aufgezeigt werden. Viele der von der SPD geforderten Maßnahmen existieren bereits und werden erfolgreich angewendet. Neben AB-Maßnahmen wurden völlig neue Instrumente entwickelt, so z. B. der Paragraph 249 h AFG. Bis Mai konnten hierdurch alleine 87.000 Menschen im Bereich des Umweltschutzes, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe in Arbeit gebracht werden. Seit der Wende konnten weit über zwei Millionen Arbeitnehmer weitergebildet, fortgebildet oder umgeschult werden. Im April 1994 nahmen so fast 250.000 Frauen und Männer an geförderten Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren 1993 rund 240.000 Personen beschäftigt. 1994 wird ein ähnlich hohes Niveau erreicht. Insgesamt konnte der Arbeitsmarkt 1993 in den neuen Bundesländern um 1,7 Millionen Arbeitssuchende entlastet werden. Der Umfang des aktiven Arbeitsmarktes erreichte damit in diesem Jahr ein außergewöhnlich hohes Niveau. Darüber hinaus zeigt sich langsam auch auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern ein Licht am Ende des Tunnels. In den gesamten neuen Bundesländern ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Wir stehen am Wendepunkt: Es entstehen wieder mehr neue Arbeitsplätze, als alte wegfallen.

FORSCHUNG

Die SPD bemängelt die Forschungslandschaft in den neuen

Bundesländern und will ein Programm zur Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland erarbeiten sowie betriebliche Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen fördern.

Tatsache ist:

Trotz eines schwierigen Umstrukturierungsprozesses liegt die Forschung, wie von der SPD behauptet, nicht brach. Vielmehr zeigen sich beachtliche Erfolge durch die Forschungs- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Eine vieli-gliedrige, föderal strukturierte, autonome und nach nationalen Qualitätsstandards wettbewerbsfähige Forschung entsteht.

Allein im Geschäftsbereich des Bundesforschungsministeriums sind über 100 von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen gegründet worden. Insgesamt sind hierdurch 12.600 Stellen in Forschung und Technologie geschaffen worden. Die personelle und technische Kapazität in den Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer ist heute vergleichbar mit der in den alten Bundesländern. Auch die besonders problematische Forschung in der Wirtschaft faßt langsam wieder Fuß. Spezielle Programme wurden besonders durch das Bundesforschungsministerium und das Bundeswirtschaftsministerium aufgelegt. Zu ihnen zählen:

- Auf- und Ausbau von Technologie- und Gründerzentren
- technologieorientierte Unternehmensgründungen
- Auftragsforschung in zwei Varianten
- Personalförderung und Personalab-satzförderung für Forschung und Ent-wicklung
- Innovationsförderung

- Sondermaßnahmen zur Stützung der Forschungs-GmbHs
- Beteiligungskapital für junge Techno-logieunternehmen

Einen wichtigen Beitrag zum Aufbau kleiner innovativer Unternehmen konnte das Programm „Förderung technologie-orientierter Unternehmensgründungen“ leisten. Es fördert den Schritt in die Selbständigkeit ostdeutscher Ingenieure und Techniker. 206 Unternehmen sind mit dieser Fördermaßnahme bislang gegrün-det worden. Sie haben derzeit bereits 1.200 Beschäftigte.

Heute sind insgesamt rund 16.000 Arbeit-nemer in der Industrieforschung tätig. Die Bundesregierung unterstützt die For-schungsförderung in der Wirtschaft der neuen Bundesländer weiterhin auf sehr hohem Niveau. 1993 wurden dafür 690 Millionen DM zur Verfügung gestellt, 1994 werden es 740 Millionen DM sein. Die CDU-geführte Bundesregierung und auch die CDU-geführten Landesregierun-gen nehmen ihre Verantwortung wahr. Ziel ist es jedoch, im Gegensatz zu den Versprechungen der SPD schon bald zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen, der es der Wirtschaft erlaubt, ihre grundsätzliche Verantwortung für Forschung und Entwicklung wieder im vollen Umfange zu übernehmen und aus-zubauen.

LANDWIRTSCHAFT

Die SPD möchte erreichen, daß auch juristische Personen, also die Nachfolgeunternehmen der LPGs, an dem im Rahmen des Entschädigungs- und Aus-gleichsgesetzes vorgesehenen Siedlungskaufprogramm teil-

nehmen können. Dafür wollen sie den Ausschluß der Opfer der Bodenreform, der sogenannten Alteigentümer.

Tatsache ist:

Die SPD versucht, Wiedereinrichter, Neueinrichter, Alteigentümer und LPG-Nachfolgeunternehmen gegeneinander auszuspielen. Sie will das alte System der Kollektivierung durch ein neues Dogma der Landwirtschaft mit juristischen Personen ersetzen. Die CDU dagegen hat auch bei der Verwertung der Treuhandflächen Konzepte, die über die langfristige Verpachtung und den im Anschluß daran stattfindenden Verkauf den Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen. Das inzwischen vom Bundestag verabschiedete Entschädigungsgesetz sieht Kaufmöglichkeiten für Wiedereinrichter, ortsansässige Neueinrichter, Alteigentümer und LPG-Nachfolgeunternehmen vor. Mit Siedlungskauf- und Landerwerbsprogrammen sollen Wieder-, Neueinrichter und Alteigentümer in die Lage versetzt werden, Eigentum zu erwerben. Damit wird die Bodenreform nicht wieder rückgängig gemacht. Aber wir wollen auch die Alteigentümer einbeziehen, um ergangenes Unrecht im Rahmen des Möglichen auszugleichen. Die Alteigentümer „verjagen“ niemanden, die Landerwerbsmöglichkeit für sie ist stark begrenzt. Gegenwärtige Pächter werden geschützt. Den LPG-Nachfolgeunternehmen werden bis zu 30 Prozent der von ihnen gepachteten Treuhandflächen zum Erwerb reserviert. Dies ist ein sachgerechter Interessenausgleich. Die juristischen Personen werden durch die CDU-Politik ebenfalls nicht benachteiligt. Die CDU setzt auf gleiche Wettbewerbschancen für alle Betriebsformen. Diejenigen, die als Wieder- oder Neueinrichter ganz neu anfangen, brauchen natürlich Start-

chancen. Aber auch den Interessen der juristischen Personen trägt unsere Agrarpolitik — wie beispielsweise die Gewährung der umfangreichen Anpassungshilfen, die Aussetzung der Förderobergrenzen und die Sonderregelungen bei der EU-Agrarreform — Rechnung.

Die SPD sieht eine Gefahr in der Altschuldenlast landwirtschaftlicher Betriebe in den neuen Bundesländern. Sie soll gegebenenfalls vom Staat übernommen werden.

Tatsache ist:

Kein landwirtschaftliches Unternehmen kommt durch Altschulden in wirtschaftliche Bedrängnis. Bereits 1991 hat die CDU-geführte Bundesregierung eine Teilentschuldung für sanierungs- und entwicklungsfähige LPG-Nachfolgeunternehmen durch die Treuhand beschlossen. Allein dadurch sind die Betriebe von 1,4 Milliarden DM Schulden befreit worden.

Für den überwiegenden Teil der restlichen Altschulden hat die Bundesregierung eine weitere Entlastungsmöglichkeit auf der Grundlage des DM-Bilanzgesetzes geschaffen. Zinsen und Tilgungen für Altkredite werden erst dann fällig, wenn die Unternehmen die Gewinnschwelle überschreiten. Aber auch dann beträgt der Kapitaldienst nur 20 Prozent des erwirtschafteten Gewinns. Über die Regelungen zur Entschuldung und bilanziellen Entlastung konnten bis heute rund 4,1 Milliarden DM entschuldet werden; das sind 54 Prozent der ursprünglich 7,5 Milliarden DM an Altschulden. Insgesamt erfaßt die Altschuldenregelung 84 Prozent der Altschulden noch wirtschaftender Unternehmen.

Eine weitergehende massive Entschuldung — wie sie die SPD fordert — ist zum einen nicht zu bezahlen, zum ande-

ren aber auch nicht sachgerecht, da sie eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Betriebe, die alle ihre Verbindlichkeiten ganz normal zu bedienen haben, bedeuten würde.

RENTEN/ÖFFENTLICHER DIENST

Die SPD will eine „Lex-Stasi“ bei der Anerkennung der Rentenansprüche und bei der Entlohnung im öffentlichen Dienst von ehemals „staatsnahen“ Bürgern erreichen.

Tatsache ist:

Hinter dem Begriff „staatsnah“ der SPD verbirgt sich nichts anderes als eine „Lex-Stasi“. Diejenigen, die in unverantwortlicher Weise die Bevölkerung der neuen Bundesländer ausgebeutet und ihrer Freiheit beraubt haben, sollen nach SPD-Willen mit denen gleichgestellt werden, die zu Hunderttausenden und Millionen zu Opfern des SED-Regimes geworden sind. Eine entsprechende Reduzierung der Ansprüche, wie sie von der Bundesregierung durchgesetzt worden ist, entspricht der Gerechtigkeit, die Täter und Opfer klar unterscheidet. Die SPD will sich offensichtlich bei einem neuen Koalitions-/Tolerierungspartner PDS anbieten.

Heute wird die Rente in den neuen Bundesländern nach den gleichen Prinzipien bemessen, die auch im Westen unseres Landes gelten. Die üppigen Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der Alterssicherung für Stasi-Bosse und Parteibonzen gehören der Vergangenheit an. Die Renten werden regelmäßig entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angepaßt und erreichen im direkten Vergleich

heute bereits 75 Prozent der Renten im Westen. Da in den neuen Bundesländern sehr viele Frauen durchgängig erwerbstätig waren und so einen eigenen Rentenanspruch erwerben konnten, liegt die durchschnittlich gezahlte Rente sogar bei 95 Prozent der durchschnittlichen Westrente.

WOHNUNGSBAU

Die SPD verspricht ein „Recht auf Wohnen“ und ein geringes Mietniveau für Ostdeutschland.

Tatsache ist:

Bis heute hat die SPD kein klares wohnungspolitisches Konzept vorgelegt. Die CDU-geführte Bundesregierung hingegen hat gehandelt. Jedes Jahr werden 100.000 neue Wohnungen in Ostdeutschland gebaut. Während der Wohnungsbaudebatte im Deutschen Bundestag am 16. Juni 1994 ist auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine Anpassung des Wohngeldes an die geänderten Wohnlasten und Einkommen sowie eine Angleichung des Wohngeldrechts in Ost und West beschlossen worden. Außerdem werden bis zum Beginn des nächsten Jahres die notwendigen Daten vorliegen, um den zur Jahresmitte 1995 in den neuen Bundesländern beabsichtigten Übergang in das Vergleichsmietensystem sozial verträglich ausformen zu können. Diese Maßnahmen garantieren, daß in Ost- wie Westdeutschland auch im Wohnungsbaubereich gleichwertige Bedingungen geschaffen werden. Es wird keine Benachteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern geben.

Vielmehr ist auch heute noch das Mietniveau in den neuen Bundesländern deutlich niedriger als im Westen Deutschlands. Nicht zuletzt haben die Bürger der

Und der Zukunft zugewandt

Mit diesem Titel hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, ganz bewußt den zweiten Vers der einstigen DDR-Nationalhymne für sein Buch gewählt, mit dem er vier Jahre nach der Wiedervereinigung „ein Stück weit“ in die Zukunft weisen und die Standpunkte eines „liberalen Wert-konservativen“ festhalten will.

Auf 256 Seiten hat Wolfgang Schäuble grundsätzliche Positionen und Überlegungen vorgetragen, die lieb gewordene Denk- und Verhaltensmuster in Frage stellen sollen und sich vor allem gegen die „große Koalition der Bedenkenträger“ wenden.

Das Buch soll außerdem deutlich machen, daß Veränderungen notwendig seien, um der Bundesrepublik Deutschland die wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Dabei müsse — so Schäuble — auch die Frage beantwortet werden, wie die freiheitliche Gesellschaft stabil zu halten sei?

Das Buch ist im Siedler Verlag erschienen und kann im Buchhandel für 39,80 DM bezogen werden.

Nach der Ladenpreisbindung besteht die folgende Rabattregelung: 10% ab 15 Expl., 15% ab 30, 20% ab 50, 25% ab 100, 30% ab 150, 35% ab 200, 40% ab 300.

neuen Bundesländer hierdurch einen größeren Anteil ihres Einkommens zur freien Verfügung.

Die SPD verspricht ein lebenslanges Nutzungsrecht für Freizeitgrundstücke.

Tatsache ist:

Mit dem Schuldrechtsänderungsgesetz hat die CDU-geführte Bundesregierung klare Verhältnisse geschaffen. Hiermit wird der Kreis der Rechtsangleichungen auf eigentumsrechtlichem Gebiet, den es durch die Teilung Deutschlands nicht gab, geschlossen. Langfristige Nutzer von Freizeitgrundstücken haben jetzt Planungssicherheit, ohne daß berechnete Eigentumsinteressen völlig verfallen würden. Grundstückseigentümer können einen Vertrag bis zum Jahre 2000 nicht kündigen. Nach dem Jahre 2000 darf nur gekündigt werden, wenn der Grundstückseigentümer im Sinne des Eigenbedarfs ein Ein- oder Zweifamilienhaus für sich oder für seine zum Hausstand gehörenden Personen errichten will und benö-

tigt, oder wenn es im Bebauungsplan einer anderen Nutzung zugeführt werden soll. Ab 2005 kann der Grundstückseigentümer zusätzlich kündigen, wenn er einen eigenen, besonderen Erholungsbedarf nachweisen kann. Erst ab dem 4. Oktober 2015, also 25 Jahre nach der deutschen Einheit, gelten die allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Für Nutzer, die am 3. Oktober 1990 das sechzigste Lebensjahr vollendet hatten, ist eine Kündigung durch den Grundstückseigentümer zu ihren Lebzeiten nicht zulässig.

Die Soziale Marktwirtschaft ist durch die Politik der CDU-geführten Bundesregierung auf dem besten Wege, in Deutschland ihre zweite Feuerprobe zu bestehen: Die neuen Bundesländer befinden sich im Umbruch zu einem der modernsten Standorte Europas. Der Umbau in Ostdeutschland gelingt. Die Experten sagen ein Wirtschaftswachstum von rund acht Prozent voraus und haben damit schon ihre Zahlen aus dem vergangenen Jahr nach oben korrigiert.

40 Verträge und Geschäfte mit China in Milliardenhöhe

In über 40 Firmenverträgen „in Milliardenhöhe“ sollen sich bis zum 9. Juli die Rahmenvereinbarungen konkretisieren, die Bundeskanzler Helmut Kohl und der chinesische Ministerpräsident Li Peng am letzten Montag in Bonn unterzeichnet haben.

Trotz unterschiedlicher Auffassung in der Frage der Menschenrechte streben die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland eine langfristige Entwicklungszusammenarbeit an, in deren Folge an die deutsche Industrie und Wirtschaft Aufträge für umfangreiche Verkehrs- und Telekommunikations-Investitionen vergeben werden sollen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China gleich zu Beginn seines Besuchs in Deutschland, am 4. Juli, im Bundeskanzleramt zu einem eingehenden Meinungsaustausch empfangen und bei der Erörterung von Menschenrechtsfragen hervor gehoben, daß sich die Qualität der Gespräche insbesondere auch in der Behandlung von Themen zeige, zu denen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Helmut Kohl begrüßte in diesem Zusammenhang die Äußerung von Li Peng in Wien, daß er und die Regierung der Volksrepublik China zu einem Dialog über die Menschenrechte auf gleichberechtigter Grundlage bereit seien.

Gemeinsam eröffneten der Bundeskanzler und der chinesische Ministerpräsident eine deutsch-chinesische Wirtschaftskonferenz, die vom Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft veranstaltet wurde. Sie vereinbarten dabei die Einsetzung eines Lenkungsausschusses, in dem

Vertreter der Bundesregierung und eines Konsortiums deutscher Firmen schon bald zusammen mit der Volksrepublik China konkrete Projektvorschläge erarbeiteten sollen.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß die Bundesregierung bereit sei, die Modernisierung der chinesischen Volkswirtschaft und die Absicherung des Reformkurses in China durch Erweiterung der Zusammenarbeit, Ermutigung deutscher Direktinvestitionen und die Ausweitung der Firmenkooperationen mit der Volksrepublik zu unterstützen.

Helmut Kohl nannte in diesem Zusammenhang die gleichfalls bei der Wirtschaftskonferenz unterzeichnete Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen. Deutschland biete China eine umfassende Eisenbahn-Modernisierung an und sei bereit, für den Bau der Schnellbahnstrecke Peking-Shanghai ein Angebot zu machen.

Entspannungsbemühungen in Korea begrüßt

Was die Lage auf der koreanischen Halbinsel betrifft, begrüßten der Bundeskanzler und sein Gast die laufenden Bemühungen um Entspannung und betonten die Notwendigkeit strikter Einhaltung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Der Bundeskanzler sprach sich schließlich zugunsten einer baldigen Rückkehr der Volksrepublik China in das GATT und damit in die Nachfolgeorganisation WTO aus und sicherte seinem Gast zu, sich bei den Partnern in der Europäischen Union für die Förderung des Handels mit China einzusetzen. ■

Die stabile Werteordnung unseres Grundgesetzes wurde bewahrt

Bundestag beschließt Verfassungsänderungen

Am 30. Juni 1994 hat der Deutsche Bundestag über die Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat sowie über die Anträge zur Änderung des Grundgesetzes beraten. Dabei hat sich erneut bestätigt: Das Grundgesetz ist die demokratisch legitimierte Verfassung Deutschlands und hat sich in über 45 Jahren bewährt.

Mit den Stimmen von CDU und CSU wurde unser bewährtes Grundgesetz vor der Aufnahme populistischer, dem Zeitgeist folgender Elemente, bewahrt. Wir haben den Auftrag aus Artikel 5 des Einigungsvertrages erfüllt und nur diejenigen Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes vorgenommen, die im Zusammenhang mit der deutschen Einigung erforderlich wurden. Die Union hat die Werteordnung des Grundgesetzes bewahrt und garantiert so auch für die Zukunft Stabilität und Kontinuität der bewährten Grundsätze unserer Verfassung. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat wurden folgende Änderungen beschlossen:

1. Staatsziel „Gleichberechtigung“ (Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz)

Mit dieser Grundgesetzänderung wird die Aufgabe des Staates, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern, als Staatszielbestimmung verankert. Die Union hat sich dazu entschlossen, Art. 3 Grundgesetz um diese Staatszielbestimmung zu ergänzen, da zwar schon jetzt das Gebot der Gleichberechtigung von

Frauen und Männern im Grundgesetz verankert ist, Frauen jedoch nach wie vor — etwa im Berufsleben — tatsächlichen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

2. Diskriminierungsschutz für Behinderte (Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz)

Durch diese Grundgesetzänderung soll ein Schutz vor Diskriminierung im Verfassungstext selbst ausdrücklich anerkannt werden, um das Bewußtsein für die Anliegen Behinderter in der Gesellschaft zu schärfen.

3. Staatsziel „Umweltschutz“ (Art. 20 a Grundgesetz)

Mit der Aufnahme dieses Staatsziels im Grundgesetz setzt die Union eine langjährige Forderung nach Anerkennung der Bewahrung der Schöpfung im Grundgesetz um. Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen an den Staat wird mit dem neuen Art. 20 a Grundgesetz der Bedeutung des Umweltschutzes Rechnung getragen. Der Umweltschutz, der auch den Tierschutz umfaßt, ist jedoch immer an der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Grundgesetzes zu messen.

4. Kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz)

Mit der Ergänzung: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“ wird in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz die finanzielle Eigenverantwortung der Gemeinden, Städte und Kreise klar gestellt.

5. Stärkung des Föderalismus

Auftrag aus dem Einigungsvertrag an das Parlament war insbesondere eine Stärkung der Länder. Bei den gefundenen Formulierungen besteht zum Teil noch weiterer Beratungsbedarf. In der kommenden Legislaturperiode wird der Bundestag hier eine für alle Seiten tragfähige Lösung erarbeiten müssen.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Legislaturperiode neben den Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat weitere wichtige Grundgesetzänderungen beschlossen:

6. Neuregelung des Asylrechts (Art. 16, 16 a und 18 Grundgesetz)

CDU und CSU konnten sich nach schwierigen Verhandlungen mit ihrer langjährigen Forderung nach einer Neuregelung des Asylrechts durchsetzen. Das zum 1. Juli 1993 in Kraft getretene Asylrecht schützt politisch Verfolgte, vermeidet aber die ungehemmte Zuwanderung. Die Zahl der Asylbewerber ist seit diesem Zeitpunkt erheblich zurückgegangen.

7. Europäische Einigung (Art. 23, 24, 28 Grundgesetz)

Das geeinte Europa muß demokratischen, sozialen, föderativen und rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen.

Ebenso muß in Europa ein Grundrechtsschutz gewährleistet werden, wie wir ihn von unserer Verfassung kennen. Dies wurde mit den obengenannten Änderungen im Grundgesetz verankert. Allen Bürgern der Europäischen Union wird jetzt ein kommunales Wahlrecht gewährt; Bundestag und Bundesrat haben stärkere Kontrollmöglichkeiten im Prozeß der europäischen Einigung; die Errichtung einer unabhängigen europäischen Notenbank wurde ermöglicht.

8. Privatisierung von Flugsicherung, Bahn und Post (Art. 87, 87 d, 87 e Grundgesetz)

CDU und CSU haben einen weiteren wichtigen Schritt zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland getan: Mit der Privatisierung von Flugsicherung, Bahn und Post wird die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich gestärkt.

Mit den genannten Grundgesetzänderungen haben CDU und CSU ihren verantwortlichen Umgang mit dem seit über 40 Jahren bewährten Grundgesetz unter Beweis gestellt. Die vorgenommenen Änderungen waren nach der Wiedervereinigung Deutschlands notwendig geworden. Die stabile Werteordnung des Grundgesetzes wurde bewahrt. Der Bundesrat ist nunmehr aufgerufen, den mit Zwei-Drittel-Mehrheit vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderungen zuzustimmen.

Wilfried Martens neuer Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament hat am 5. Juli einstimmig den belgischen EVP-Abgeordneten Wilfried Martens (CVP) zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Hans-Gert Pöttering, Lord Plumb (Cons./Vereinigtes Königreich), Ria Oomen-Ruijten (CDA/Niederlande), Panayotis Lambrias (ND/Griechenland), Carlos Robles Piquer (PP/Spanien) und Pierantonio Graziani (PPI/Italien).

Postreform II beschlossen

Postdienst, Telekom und Postbank werden Aktiengesellschaften

Mit der im Deutschen Bundestag verabschiedeten Kompromißlösung ist der Weg frei für die Umwandlung der drei Unternehmen Postdienst, Telekom und Postbank in Aktiengesellschaften zum 1. Januar 1995. Dies ist ein Erfolg der CDU-geführten Bundesregierung.

Die Postreform II ist zwingend notwendig. Eine Ablehnung und ein Festhalten an alten Strukturen hätte unausweichlich zu einer Existenzbedrohung aller drei Unternehmen geführt und damit zu Vernichtung von Arbeitsplätzen. Völlig unverständlich ist es daher, daß die SPD sich durch ständige Verzögerungen der Verhandlungen im Postausschuß einseitig zugunsten der Postgewerkschaft in die Tarifverhandlungen und Streikaktionen eingemischt hat. Obwohl die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Koalition den Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht hatte und die grundsätzliche Notwendigkeit der Reform nie bestritt, zögerte Scharping bis zur buchstäblich letzten Minute.

Experten schätzen, daß im Jahr 2000 allein der Wirtschaftszweig Telekommunikation etwa die gleiche Bedeutung haben dürfte wie die Automobilindustrie. Zur künftigen Sicherung eines hohen Leistungsstandards und einer vollen Wettbewerbsfähigkeit auf den nationalen und internationalen Märkten ist die konsequente Neuausrichtung der drei Postunternehmen daher unabdingbar. Es verbietet sich jede ideologische und auf Interessengruppen fixierte Betrachtungsweise.

Sinn und Zweck der Reform ist es, innerhalb der Unternehmen wettbewerbsfähige

Strukturen zu schaffen, sowie die Beteiligung des Bundes aus Bereichen zurückzudrängen, in denen zukünftig nicht Verwaltung, sondern Wettbewerb herrschen soll. Die Unternehmen müssen börsenfähig gemacht werden, da der enorme Kapitalbedarf für die erforderlichen Investitionen anders nicht mehr zu decken ist. Auch soll die politische Einflußnahme auf das operative Geschäft der Unternehmen zurückgedrängt und gleichwohl die Infrastruktur des Landes gesichert werden. Für den Postdienst wird noch eine Bindungsfrist für die

Die Unternehmen müssen börsenfähig gemacht werden, da der enorme Kapitalbedarf anders nicht mehr zu decken ist.

Kapitalmehrheit des Bundes festgeschrieben, die nach fünf Jahren — mit Zustimmung des Bundesrates — entfallen soll.

Der Infrastrukturauftrag darf dabei nicht nur für POSTDIENST und TELEKOM gelten. Vielmehr müssen alle Mitbewerber der Postunternehmen einen Beitrag zur Sicherung der Infrastruktur leisten, um die Lasten auf alle Anbieter gerecht zu verteilen.

Eine solche Regulierung erweist sich auch als durchaus praktikabel, wie die ersten Erfahrungen mit dem D 1- und D 2-Netz ebenso wie mit dem E 1-Netz im Bereich der Telekommunikation zeigen.

Sportplatz „um die Ecke“ bleibt erhalten

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Engelbert Nelle, erklärte zum Ergebnis der Verhandlungen im Vermittlungsausschuß zur Änderung des § 906 BGB:

Ich begrüße es, daß im Vermittlungsausschuß die von den Koalitionsfraktionen vorgesehene Änderung zum § 906 BGB einvernehmlich gebilligt wurde.

Der im Vermittlungsausschuß vereinbarte Zusatz stellt klar, daß eine unwesentliche Beeinträchtigung vorliegt, wenn die in Gesetzen oder Rechtsverordnungen festgelegten Grenz- oder Richtwerte von den nach diesen Vorschriften ermittelten und bewerteten Einwirkungen nicht überschritten wer-

den; die vorgesehene Regelung bleibt also der Substanz nach erhalten.

Damit wird die von uns auf den Weg gebrachte und von uns gewollte Sicherung des Sportplatzes „um die Ecke“ möglich. Wir haben unser Ziel, den Sport- und Spielplatz „um die Ecke“ zu erhalten, somit erreicht. Durch die vorgesehene Regelung wurde die privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Beurteilung von Lärm harmonisiert.

Vor Ansprüchen geschützt

Nachbarrechtliche Ansprüche werden nicht ausgeschlossen, aber es wird dafür gesorgt, daß die unter Berücksichtigung der öffentlich-rechtlichen Belange errichteten Sportstätten vor zivilrechtlichen Ansprüchen geschützt werden.

Damit ist sichergestellt, daß alle Dienstleistungen für jeden zugänglich bleiben und alle Bürger diese gleichberechtigt in Anspruch nehmen können. Die gleichen positiven Erfahrungen werden bereits hinsichtlich der Einhaltung des Briefgeheimnisses und des Datenschutzes mit privaten Dienstleistern gemacht. Die entsprechenden bundesdeutschen Vorschriften zählen in Europa mit zu den strengsten und werden intensiv überwacht. Bei Verstößen droht die Zurücknahme erteilter Lizenzen, so daß auch auf private Dienstleister ein erheblicher staatlicher Druck ausgeübt werden kann.

Sichere Arbeitsplätze

Durch die Postreform II werden langfristig zukunftssichere Arbeitsplätze erhalten. Der sich bereits heute in vielen Berei-

chen abzeichnende Verlust von Marktanteilen würde — ohne Reform — viele tausend Arbeitsplätze kosten. Die in Aktiengesellschaften umgewandelten Unternehmen werden durch Gesetz mit der Befugnis ausgestattet, Rechte und Pflichten des Dienstherrn für die bei ihnen beschäftigten Beamten wahrzunehmen.

Tarifverträge gelten weiter

Die Beschäftigung bei den Aktiengesellschaften ändert nichts am Status der Beamten als unmittelbare Bundesbeamte. Der Vorstand der Aktiengesellschaft nimmt die Befugnisse einer obersten Bundesbehörde wahr. Dienstherr und damit Gewährsträger für die Besoldung und Versorgung bleibt aber der Bund. Auch gelten die Tarifverträge für alle derzeit Beschäftigten weiter. ■

Eigentumspolitisch klarer Kurs

Der Bundestag hat das Gesetz zur Bewertung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes beim Zugewinnausgleich verabschiedet. Zusammen mit diesem Gesetz haben wir eine gesetzliche Klarstellung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes nach § 169 Abs. 4 Baugesetzbuch beschlossen.

Die am 1. Mai 1993 in Kraft getretene und noch geltende Vorschrift hatte in bäuerlichen Kreisen zu erheblicher Unruhe geführt. Unter den Landwirten hatten sich Befürchtungen verbreitet, sie würden mit dem bloßen Ackerlandwert abgefunden, wenn landwirtschaftliche Flächen für Bauzwecke im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen beansprucht werden.

Um der Landwirtschaft diese Unsicherheit zu nehmen, haben wir auf die unmißverständliche frühere Fassung des § 169 Abs. 4 Baugesetzbuch zurückgegriffen, die in den Fällen gegolten hat, in denen

sich kein vom innerlandwirtschaftlichen Verkehrswert abweichender Verkehrswert im städtebaulichen Entwicklungsbereich gebildet hat. Danach ist stets ein Eingangswert zugrunde zu legen, der oberhalb des innerlandwirtschaftlichen Verkehrswertes liegt.

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die gesetzliche Klarstellung gibt den betroffenen Land- und Forstwirten Sicherheit. Die CDU/CSU-Fraktion hält an ihrem eigentumspolitisch klaren Kurs fest. Dem Privateigentum an Grund und Boden messen wir nach wie vor einen hohen Stellenwert bei. Daher ist die Rückkehr zum früheren Wortlaut des § 169 Abs. 4 Baugesetzbuch (also vor dem Inkrafttreten des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes am 1. Mai 1993) ein konsequenter Schritt, um den vom Gesetzgeber gewollten Rechtszustand eindeutig klarzustellen und die berechtigten Belange der Grundeigentümer zu berücksichtigen. ■

SPD blockiert Eigentumserwerb

Zu der Stellungnahme der SPD zum Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Clemens Schwalbe:

Es ist unerträglich, daß die SPD jetzt ihre Blockadepolitik im Bundesrat zu Lasten der Landwirte in den neuen Bundesländern ausdehnt. Mit dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz ist ein umfangreiches Siedlungsprogramm verbunden, mit dem die Landwirte in den neuen Bundesländern endlich auf breiter Basis

Eigentum erwerben können. Damit wird der mittelständischen Landwirtschaft eine vernünftige Grundlage gegeben. Nachdem im Vermittlungsausschuß die Gleichstellung der LPG-Nachfolgeunternehmen erfolgte, ist die Union in einem wichtigen Punkt der SPD entgegengekommen. Ich fordere die Landesregierungen auf, endlich den Weg für einen gesunden bäuerlichen Mittelstand in den neuen Bundesländern freizumachen und ihre Blockadepolitik auf Kosten der Menschen in den neuen Bundesländern aufzugeben.

Voraussetzung für den weiteren Aufschwung und die innere Einheit

Zur Beschlußempfehlung zum Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz in der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 29. Juni erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister Finanzen, Joachim Grünewald:

Für die Regierungskoalition steht die Dringlichkeit einer schnellen, abschließenden Lösung des Entschädigungskomplexes nach wie vor außer Frage. Nur so kann Rechtssicherheit einkehren. Sie ist Voraussetzung für den weiteren Aufschwung und die innere Vereinigung.

Im Vermittlungsausschuß

Deshalb hat der Vermittlungsausschuß folgenden Antrag angenommen:

- Juristische Personen werden ohne Einschränkung den Wiedereinrichtern und Neueinrichtern gleichgestellt.
 - Die Dauer der langfristigen Pachtverträge über von der Treuhand gepachtete Flächen wird von 12 auf 18 Jahre verlängert.
 - Die mit der Claims Conference erzielte Übereinkunft über die Entschädigung von NS-Opfern wird in das Gesetz eingearbeitet.
 - Im übrigen wird der Bundestagsbeschluß einschließlich der Vorschriften über den Landerwerb und über die Vertriebenenzuwendung von 4.000 DM bestätigt.
- Die SPD hatte zum Angelpunkt für die Weiterbehandlung des Gesamtkomplexes der Entschädigungsregelungen im Vermittlungsausschuß den Verzicht auf Landerwerbsmöglichkeiten für Bodenreformopfer gemacht. Damit will sie den in

der Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990 vorgesehenen — und damit vom Einigungsvertrag geforderten! — Interessenausgleich zwischen den Ostdeutschen und den Alteigentümern verhindern. Eine solche unversöhnliche Haltung gegenüber einer besonders schwer betroffenen Gruppe von Geschädigten dient dem inneren Frieden nicht.

Der SPD-Vorschlag, die gesetzliche Regelung für zwei Gruppen, nämlich die NS-Opfer und die Vertriebenen, vorzuziehen, verkennt die Dringlichkeit der eigentlichen Entschädigungsregelung. Das Vermögensgesetz hat hier eine, die Abwicklung der offenen Vermögensfragen in schwerwiegender Weise behindernde Regelungslücke gelassen. Das Parlament kann sich dem Auftrag, diese Lücke zu schließen, nicht entziehen. Eine Verschiebung auf die nächste Legislaturperiode ist keine Lösung. Die Schwierigkeiten vergrößern sich nur, wenn die Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird.

Gelegenheit zum Überdenken

Der heutige Beschluß des Vermittlungsausschusses gibt allen Beteiligten noch einmal Gelegenheit, ihre Haltung zum gesamten Entschädigungskomplex zu überdenken. Mit der beabsichtigten Verabschiedung des Beschlusses im Deutschen Bundestag sind die Voraussetzungen für einen Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens noch in dieser Legislaturperiode geschaffen. Die Verantwortung für das weitere Schicksal des Gesetzes liegt nunmehr beim Bundesrat. Er sollte dieses bedeutsame Regelungswerk nicht zum Instrument von Parteitaktik machen. ■

Fiktive Berechnung einer Steuer, die überhaupt nicht erhoben werden darf

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Familienpolitik, Maria Michalk MdB, erklärte zur Aussage von Frau Matthäus-Meyer (SPD) zur Ungerechtigkeit des Kinderfreibetrags:

Frau Matthäus-Maier hält den Kinderfreibetrag für ungerecht. Sie rechnet vor, daß die Steuerermäßigung einer Familie mit 2.500 DM Einkommen im Monat nur 65 DM Ersparnis bringe, während eine Familie mit 25.000 DM für ihr Kind dagegen eine Steuerermäßigung von 181 DM erhalte. Ihre Forderung: ein einheitliches Kindergeld von 250 DM für jedes Kind.

Weil das Bundesverfassungsgericht verbindlich vorgegeben hat, daß die Unterhaltsleistung von Eltern für Kinder nicht mit Steuer belegt sein darf, muß ein Teil des Kindergeldes von 250 DM als Rückzahlung zu Unrecht gezahlter Steuer, also als Rückzahlung von Diebesgut verstanden werden. Was die Finanzexpertin der SPD an Steuerermäßigung ausrechnet, ist also die fiktive Berechnung einer Steuer, die überhaupt nicht erhoben werden darf.

Die Beträge, die sie ausrechnet, sind selbstverdientes Geld, das den Eltern nicht weggenommen werden darf. Die richtige Rechnung sieht wie folgt aus: Von 250 DM Kindergeld sind im ersten Fall 65 DM abzuziehen, die Familie erhält also ein Kindergeld von 185 DM, während im zweiten Fall 181 DM abzuziehen sind, die Familie also ein Kindergeld von 69 DM erhält. Das ist etwas anderes als die Behauptung der SPD, jede Familie erhalte eine gleich hohe Leistung vom Staat.

Noch in einem anderen Punkt argumentiert Frau Matthäus-Maier an der Wirklichkeit vorbei. Sie behauptet, die SPD stelle mit 250 DM Kindergeld das Existenzminimum für alle steuerfrei. Das stimmt nicht. Wir müssen ab 1996 von einem Existenzminimum von monatlich 600 DM, also 7.200 DM jährlich, ausgehen. Ein Steuerpflichtiger mit einem Grenzsteuersatz von 50 Prozent zahlt auf eine Unterhaltsleistung von 7.200 DM Steuern in Höhe von 3.600 DM jährlich. Die Rückerstattung durch das Kindergeld beträgt aber nur 3.000 DM. Damit

Hannelore Rönsch: In jedem Fall ist ein Einheitskindergeld vom Sozialhilfeempfänger bis zum Millionär altmodische, längst überholte Sozialpolitik mit der Gießkanne, bei der auch jene staatliche Leistungen erhalten, die sie gar nicht benötigen.

wird diese Familie in Höhe von 600 DM jährlich verfassungswidrig besteuert. Genau dieses Problem ergibt sich beim Kinderfreibetrag nicht. Wenn der Kinderfreibetrag die Höhe des Existenzminimums von Kinder hat, führt er zwingend dazu, daß jeder Steuerpflichtige in Höhe seines Grenzsteuersatzes eine Steuerfreistellung seiner Unterhaltsleistung in Höhe des Mindestbedarfs für Kinder erhält. Das daneben bedarfsorientierte Kindergeld stellt die echte Förderung durch den Staat dar. Es zeigt also ehrlich auf, in welcher Höhe der Staat die Familie für ihr jeweiliges Kind tatsächlich fördert.

Zukunftssicherung durch Unternehmenssteuerreform

Die zu Ende gehende 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ist durch eine große Zahl an Gesetzesänderungen im steuerlichen Bereich geprägt gewesen: Zur Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern benötigten die Gebietskörperschaften neben den notwendigen Einsparungen mehr Steuereinnahmen.

Dies ließ sich nur kurzfristig durch Steuererhöhungen bewerkstelligen. Gleichzeitig bedurfte es steuerlicher Investitionsanreize in den östlichen Bundesländern. Auf der anderen Seite galt es, angesichts der Kostensituation und der sich abschwächenden Konjunktur, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in den alten Ländern zu erhalten und zu verbessern.

Motivation für den Mittelstand

Nach dem Wiederanspringen der Konjunktur und besonders angesichts augenfälliger Fortschritte in den neuen Ländern ist erwiesen, daß unser finanzpolitisches Konzept aufgegangen ist.

Die wichtigste Maßnahme war dabei die Senkung des Einkommen- und Körperschaftsteuertarifs für gewerbliche Einkünfte. Mit dem Standortsicherungs-gesetz gelang es, den Einkommensteuer-Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte auf 47 Prozent (statt bisher 53 Prozent) zu senken. Gleichzeitig wurde der Körperschaftsteuersatz für im Unternehmen verbliebene Gewinne von 50 auf 45 Prozent und für ausgeschüttete Gewinne von 36 auf 30 Prozent reduziert. Damit ist ein bedeutsamer Einbruch in die bisher fest-

gefügte Mauer hoher Steuersätze für Leistungseinkommen gelungen. Möglich war dies nur, weil Einigkeit darüber herrschte, daß die im internationalen Bereich viel zu hohe zusätzliche Belastung infolge der Gewerbesteuer die Unternehmen auszehrte.

Schon zuvor — im Steueränderungs-gesetz 1992 — wurden in einer ersten Stufe der Unternehmenssteuerreform fühlbare Entlastungen für mittelständische Unternehmen beschlossen. Kernstück war die Anhebung des Freibetrags für die Gewer-

**Von Hans Peter Schmitz
(Baesweiler), stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

beertragsteuer bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften von bisher 36.000 DM auf 48.000 DM. Zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen wurde die Staffelung der Meßzahlen nach dem Gewerbeertrag über diesem Freibetrag in 5 Schritten von 1 Prozent bis 5 Prozent je zusätzlich 24.000 DM Gewerbeertrag eingeführt.

Die Tarifsenkung und die Erleichterungen bei der Gewerbesteuer dienen dem vorrangigen steuerpolitischen Ziel, die Entlastung der Unternehmen sowohl bei den ertragsunabhängigen als auch bei den ertragsabhängigen Steuern zu erreichen. Mittelständische Unternehmen profitieren noch von weiteren Maßnahmen aus den ersten beiden Stufen der Unter-

nehmensteuerreform: Mit einer Änderung des Bewertungsgesetzes wurde die Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung erreicht. So wird weitestgehend eine eigenständige Wertermittlung entbehrlich; das Steuerrecht wird dadurch deutlich vereinfacht.

Wesentliche steuerliche Entlastungen bei der auf das Betriebsvermögen entfallenden Vermögenssteuer, der Gewerbesteuer sowie der Erbschaftsteuer (bei Personenunternehmen) sind damit ebenfalls verbunden. Eine Entlastung von ertragsunabhängigen Steuern war auch der Grund für die Anhebung des Freibetrages für inländisches Betriebsvermögen von bisher 120.000 DM auf 500.000 DM. Auch für den Erwerb von Betriebsvermögen durch Erbschaft oder Schenkung gilt inzwischen ein Freibetrag von 500.000 DM. Dadurch wird Liquidität im Unternehmen belassen, die für Investitionen genutzt werden kann.

Mittelständische Unternehmen, die meist einen unregelmäßigen Investitionsrhythmus haben, können durch die Einführung einer Ansparabschreibung ihren Kreditbedarf für Investitionen verringern. Sie haben die Möglichkeit, eine den Gewinn mindernde Rücklage für die künftige Anschaffung oder Herstellung von neuen beweglichen Wirtschaftsgütern von maximal 45 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bilden. Außerdem wurde ein Wahlrecht zwischen Verlustrück- und Verlustvortrag eingeführt.

Selbständige, die ihre Vorsorgeaufwendungen in vollem Umfang selbst tragen müssen, haben nunmehr nach § 10 Abs. 3 Einkommensteuergesetz einen Vorwegabzug für Versicherungsbeiträge von 6.000 DM für Alleinstehende (bzw. 12.000 DM für Verheiratete) statt bisher 4.000/8.000 DM.

Das Hauptgewicht der Unternehmensteuerreform liegt bei der Entlastung der klei-

nen und mittleren Unternehmen. Wie die Bundesregierung zuletzt im Jahreswirtschaftsbericht 1994 zu recht feststellt, sind die Begrenzung und der Abbau hoher Abgabenlasten für die kleinen und mittleren Unternehmen lebenswichtig, deren Dynamik und Innovationskraft unerlässlich für die Wettbewerbskraft und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind — und damit auch für neue Arbeitsplätze.

Startchancen für die neuen Bundesländer

Der Umstrukturierungsprozeß in den neuen Ländern hat in der zu Ende gehenden Wahlperiode besondere steuerliche Regelungen erforderlich gemacht. Für die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sind Möglichkeiten der Sonderabschreibung und der steuerfreien Rücklage für Investitionen geschaffen worden. Neben der linearen Abschreibung können bis einschließlich 1996 bis zu 50 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten innerhalb der ersten 5 Jahre abgeschrieben werden.

Beispielgebend für die zukünftige Steuergesetzgebung im gesamten Bundesgebiet wurde ein Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer bis Ende 1995 beschlossen. Hier gibt es also einen regional begrenzten Einstieg in ein Steuerrecht ohne gewinnunabhängige Steuern und ohne die komplizierte und ungerechte Einheitsbewertung.

Eingeführt und an die europäischen Erfordernisse angepaßt wurde die Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen. Sie wird an Investoren für die Anschaffung oder Herstellung von neuen abnutzbaren, beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in den neuen Ländern gezahlt. So wird der rasche Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur gefördert; bestehende Arbeits-

plätze werden erhalten und neue geschaffen.

Vom 1. Juli 1994 an wird eine Investitionszulage von 10 von 100 für Investitionen bis zu einem Volumen von höchstens 10 Mio. DM pro Betrieb und Jahr gezahlt, wenn das Unternehmen im Beitrittsgebiet weniger als 250 Arbeitnehmer beschäftigt und der Investor das Wirtschaftsgut selbst nutzt. Für über das genannte Investitionsvolumen hinausgehende Investitionen wird die Investitionszulage von 5 Prozent gewährt. Der stetige Anstieg der Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern zeigt, daß die ergriffenen Maßnahmen richtig sind und Früchte tragen.

Steuerliche Rahmenbedingungen verbessert

Neben den gezielt auf Unternehmen ausgerichteten gesetzlichen Neuregelungen gibt es noch eine Vielzahl anderer, die sich direkt oder indirekt auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken. Dies zeigt sich beispielsweise in der Wohnungsbauförderung, wo durch Änderung des § 10 e Einkommensteuergesetz in den ersten vier Jahren jeweils 19.800 DM und in den vier darauffolgenden Jahren jeweils höchstens 16.500 DM von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Dazu kommt noch ein über drei Jahre laufender Schuldzinsenabzug von bis zu 12.000 DM jährlich. Außerdem ist das Baukindergeld auf 1.000 DM pro Kind und Jahr erhöht worden. In den neuen Ländern können im Rahmen von Sonderabschreibungen bis zu 50 Prozent der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von Gebäuden innerhalb der ersten 5 Jahre steuermindernd geltend gemacht werden.

Zahlreiche Maßnahmen der Harmonisierung von Steuergesetzen im Rahmen des europäischen Binnenmarktes erleichtern den Unternehmen den Wettbewerb inner-

halb der Europäischen Gemeinschaft. Der Finanzplatz Deutschland ist durch mehrere umfangreiche Gesetzgebungsvorhaben umgestaltet worden. Die deutsche Kreditwirtschaft, die Börsen und die Versicherungen sind dadurch in den Stand gesetzt worden, erfolgreich auf dem internationalen Kapitalmarkt zu agieren.

Erleichterte Bedingungen für kleine Aktiengesellschaften und eine Reform des Umwandlungsteuerrechts dienen ebenfalls dem Mittelstand, indem sie die Kapitalbeschaffung und Änderungen der Unternehmensform erleichtern. Deregulierung und Entbürokratisierung fördern den Wettbewerb und schaffen Mittelstand und Freiberuflern neue Betätigungsmöglichkeiten. Stärkere Konkurrenz kann dabei Kosten- und Preissenkungen gegenüber den bisherigen Verwaltungsgebühren bewirken.

Zukunftsperspektive: Haushaltskonsolidierung und Senkung des Staatsanteils

Es ist viel mehr erreicht worden, als der Öffentlichkeit bewußt ist. Gleichwohl sind alle beschriebenen Maßnahmen nur Etappen auf dem Weg zu einem Standort Deutschland, der dauerhaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Die ersten beiden Stufen der Unternehmenssteuerreform sind nur der Einstieg in eine große Reform der Unternehmensbesteuerung, die zu einer weitgehenden Entlastung von ertragsunabhängigen Steuern führen und dem Unternehmer einen attraktiven Lohn für seinen Einsatz bieten muß.

Wir müssen die nächste Wahlperiode dazu nutzen, diesen Weg weiterzugehen. Mittelfristig muß aber die Steuerbelastung der deutschen Unternehmen — wie auch der einzelnen Steuerpflichtigen — so schnell wie möglich gesenkt werden. ■

Humanitäre Hilfe der Bundeswehr

– Eine Leistungsbilanz –

Mit dem Golfkrieg der alliierten Verbände zur Befreiung Kuwaits begann in Deutschland die hitzige Diskussion über Bundeswehreinsätze im Rahmen multinationaler Aktionen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes („out-of-area“).

Was keiner weiß: Seit der ersten humanitären Hilfsmaßnahme nach dem Erdbeben 1960 in Marokko hat die Bundeswehr 135 derartige Hilfsaktionen unternommen, davon allein 105 außerhalb des NATO-Bündnisgebietes. Die Bundesrepublik Deutschland kann damit auf eine lange und erfolgreiche Bilanz hinsichtlich humanitärer Hilfeleistungen der Bundeswehr zurückblicken.

1. Mit der Beteiligung von 130 Sanitätssoldaten an UNTAC (United Nations Transitional Authority in Cambodia), die am 8. April 1992 von der Bundesregierung beschlossen worden war, wurde eine neue Qualität in der Geschichte der humanitären Bundeswehreinsätze erreicht. Erstmals gehörten deutsche Soldaten zu einer Blauhelm-Einheit der UNO, auch wenn sich die Bundeswehr schon an vorangegangenen UN-Einsätzen mit Transportunterstützung etc. beteiligt hatte.

Am 8. Juni 1992 nahm das deutsche Bundeswehrhospital in Phnom Penh den klinischen Betrieb auf. Der Auftrag lautete, die insgesamt über 20000 Mann zählende UNTAC-Mission medizinisch zu versorgen. Die deutschen Sanitäter und Ärzte vor Ort weigerten sich jedoch, die Massen kambodschanischer Patienten abzuweisen, wie es die UNO ursprünglich vor-

gesehen hatte. Aufgrund ihrer Hilfsbereitschaft waren unsere Soldaten bei der einheimischen Bevölkerung schnell als die „Engel von Phnom Penh“ bekannt.

Die insgesamt 448 Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr, die in Kambodscha eingesetzt waren, behandelten bis zum 31. Oktober 1993, dem Ende der Mission, 3490 Patienten stationär (davon 1940 Einheimische) und 95409 Patienten ambulant (davon 13778 Kambodschaner). 1790 Operationen wurden vorgenommen, knapp 10000 Mal Wunden versorgt, über 16000 Röntgenuntersuchungen und 6000 zahnärztliche Behandlungen durchgeführt! Am 14. Oktober 1993

Bis 1960 reicht die lange und erfolgreiche Bilanz humanitärer Hilfeleistungen der Bundeswehr zurück.

wurde der Sanitätsfeldwebel Alexander Arndt in Phnom Penh erschossen. Die Täter sind inzwischen gefaßt. Die Tat hatte keinen politischen Hintergrund.

2. Ende 1992 zeigten uns die Medien die schockierenden Bilder aus Somalia: hilflose Menschen, die neben wohlgenährten bewaffneten Bandenmitgliedern verhungerten. Auch die deutsche Öffentlichkeit war entsetzt und forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, einzugreifen, den Hungernden zu helfen und den Mördern das Handwerk zu legen.

Die UNO hat mit ihrem Einsatz Zehntau-

senden von Menschen das Leben gerettet, denn der Hunger in Somalia konnte besiegt werden. Schreckensbilder lassen sich besser verkaufen als erfolgreiche Hilfe!

Die Bundesregierung erachtete es als ihre humanitäre Pflicht, der UNO die Mithilfe der Bundeswehr anzubieten. Am 16. Mai vergangenen Jahres traf das Vorkommando des deutschen Verbandes in Belet Uen ein, um die Ankunft der insgesamt 1668 Soldaten der Bundeswehr vorzubereiten. Der eigentliche Auftrag des deutschen Kontingents mit der Bezeichnung „GECOMPFORSOM“ lautete, 4000 indische Soldaten des UNOSOM II-Verbandes logistisch zu unterstützen. Obwohl die Inder nicht eintrafen, blieben unsere Soldaten nicht untätig, sondern sie versuchten, die Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung zu verbessern. Wie schon in Kambodscha handelten unsere Soldaten nach einem einfachen, aber vorbildlichen Prinzip: Die Hilfe für die betroffenen Menschen steht an erster Stelle! Die Leistungsbilanz der deutschen UNOSOM-Truppe ist beachtlich:

- Wiederaufbau einer Schule
- Instandsetzung einer 7 km langen Straße
- Schließung einer 100 m langen Dammlücke zur Sicherstellung der Bewässerung
- Instandsetzung zweier Brücken an Hauptverbindungsstraßen
- Unterstützung zur Wiederinbetriebnahme des Krankenhauses von Belet Uen
- 3 Brunnenbohrungen mit einer Kapazität von insgesamt 17000 Litern Wasser pro Stunde
- Renovierung der Stadtverwaltung von Belet Uen
- Verteilung von über 1,5 Mio l Wasser außerhalb von Belet Uen

- über 200 stationäre und weit über 3000 ambulante ärztliche Behandlungen
- Prothesenhilfsprogramm für 100 Minenopfer
- über 14000 Kubikmeter Brauchwasseraufbereitung
- 5638 Tonnen Materialumschlag
- 600.000 km Straßentransporte.

Im März 1994 wurde der deutsche Auftrag im Rahmen von UNOSOM II erfolgreich abgeschlossen. Seitdem werden die Leistungen unserer Soldaten in Somalia immer wieder infragegestellt. Es wird behauptet, das alles hätten auch private Entwicklungshilfeorganisationen leisten können. Allzu leicht wird bei diesen Behauptungen vergessen (oder bewußt verschwiegen), daß praktisch alle privaten Organisationen 1992 Somalia wegen der unsicheren Lage fluchtartig verlassen mußten. Militärisches Potential war immer nötig, um die humanitäre Hilfe überhaupt verwirklichen zu können. Derartige Anschuldigungen entbehren daher jeglicher realistischer Einschätzung der Situation vor Ort.

Wer um seines eigenen politischen Vorteils wegen den Erfolg des Somalia-Einsatzes unserer Bundeswehr schmälern und diskreditieren will, tut dies auf dem Rücken unserer Soldaten!

3 Derzeit beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an internationalen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien:

- Im Rahmen der Adria-Überwachung durch NATO und WEU hat die Bundesmarine drei Seeraumüberwachungsflugzeuge und eine Fregatte im Einsatz. Völkerrechtliche Grundlage hierfür sind die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Nr. 713 (Waffenembargo gegen Gesamt-Jugoslawien) und Nr. 757 (Wirtschafts-embargo gegenüber Serbien und Montenegro). Seit dem 22.11.1992 sind insge-

Aus dem Publikationsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Nachfrage ist groß. Daher jetzt die zweite Auflage dieser Veröffentlichung zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“.

Der Titel:

Soziale Marktwirtschaft – Entstehung, Grundlagen, Instrumente – Ein Arbeitsbuch

Einige der Hauptthemen:

- Ökonomische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft
- Ursprung und Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft
- Geld und Währungsordnung
- Finanzverfassung
- Wettbewerbsordnung und -politik in der Bundesrepublik Deutschland
- Internationale Verflechtung

- Arbeits- und Sozialordnung
- Träger der Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Umweltpolitik
- Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Besonderheiten:

Die Veröffentlichung ist als Arbeitsbuch konzipiert. Sie enthält z. B. Kontrollfragen für Leserinnen und Leser, Erläuterungen der Fachbegriffe und eine umfangreiche Bibliographie.

**Bezugsadresse (Schutzgebühr
10,— DM):**

**Konrad-Adenauer-Stiftung, Bil-
dungszentrum Schloß Eichholz,
Postfach 1331,
50387 Wesseling**

samt 34.840 Schiffe abgefragt, 2.557 durchsucht und 643 umgeleitet worden.

● Mit Transportmaschinen beteiligt sich die Luftwaffe an Einsätzen im Rahmen humanitärer Hilfe. Bisher flogen die Trans All der Bundeswehr rund 1030 Mal nach Sarajewo und lieferten fast 8100 Tonnen dringend benötigter Hilfsgüter. Weitere 2100 Tonnen wurden bei 390 sog. „Airdrop-Flügen“ über umkämpften und eingeschlossenen Siedlungsgebieten an Fallschirmen abgeworfen.

● Mit deutschen Besatzungsmitgliedern wird das durch die UN-Sicherheitsresolutionen 781 und 786 verhängte Flugverbot über Bosnien-Herzegowina durch den AWACS-Verband der NATO überwacht.

4. Gemäß der UN-Resolution Nr. 820 überwachen 42 Beamte des Bundesgrenzschutzes in Rumänien und Bulgarien sowie deutsche Zollbeamte in Ungarn auf insgesamt vier Booten das verschärfte Wirtschaftsembargo im Rahmen einer WEU-Aktion.

Gegen die Entsendung der deutschen Marineeinheit legte die SPD-Bundestagsfraktion am 7. August 1992 Klage beim Bundesverfassungsgericht ein und stellte am 15. Mai 1993 einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen den Somalia-Einsatz. Die FDP wiederum ließ vom BVerG überprüfen, ob die Beteiligung deutscher Flieger am AWACS-Einsatz der NATO verfassungsgemäß sei. ■

Verbleib der Konservativen in der EVP-Fraktion begrüßt

Die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche und Ingo Friedrich, haben den mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß ihrer Fraktion begrüßt, die 18 britischen und drei dänischen Konservativen Europaabgeordneten sowie einen Vertreter der Ulster Unionist Party erneut als nahestehende Mitglieder in die EVP-Fraktion aufzunehmen.

Damit erneuerte die EVP-Fraktion die Mitgliedschaft dieser Abgeordneten als nahestehende Mitglieder der Fraktion, die erstmals am 1. Mai 1992 bis zum Ende der vergangenen Legislaturperiode beschlossen worden war.

Rinsche und Friedrich wiesen auf die gute Zusammenarbeit mit den Konservativen Abgeordneten in der Fraktion während der letzten zwei Jahre hin und werteten es als positives politisches Signal, daß diese auch in Zukunft weitergeführt werde. Dies stärke sowohl die EVP-Fraktion innerhalb des Europäischen Parlaments als auch die proeuropäischen Kräfte innerhalb der Konservativen Partei in Großbritannien.

Zwar sei Kritik an der Position des briti-

schen Premierministers John Major insbesondere hinsichtlich seiner Haltung auf dem Gipfeltreffen in Korfu berechtigt, sagten Rinsche und Friedrich weiter, jedoch könne man für die Haltung der britischen Regierung nicht die Konservativen Europaabgeordneten verantwortlich machen.

Für die Europaabgeordneten sei es entscheidend, jetzt gemeinsam im Europäischen Parlament und im Rahmen der Fraktion konstruktive Arbeit für die Zukunft der Europäischen Union zu leisten. Die neugewählten Vorsitzenden der britischen Konservativen Europaabgeordneten, Lord Plumb und Tom Spencer, können dabei als Beweis für die proeuropäische Kraft der Konservativen Europaabgeordneten stehen.

Als Hauptaufgaben für die Zukunft nannten Rinsche und Friedrich den Aufbau einer neuen Ordnung und Sicherheitszone in ganz Europa, die die Stabilität auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas gewährleisten könnte. Die zweite große Aufgabe sei die Wiederankurbelung der Wirtschaft und des Wachstums und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Hohe Ehrungen für Walther Leisler Kiep

Der langjährige Bundestagsabgeordnete und CDU-Schatzmeister, Walther Leisler Kiep, ist für seine Förderung der traditionsreichen deutsch-britischen Königswinterer Konferenz zum „Commander“ des Ordens des Britischen Empire (CBE) ausgezeichnet worden. Das hat die britische Botschaft bekanntgegeben. Kiep, der in der privaten Mittlerorganisation Atlantikbrücke viele Jahre lang auch für enge deutsch-amerikanische Beziehungen gearbeitet hat, war bereits von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth mit dem höchsten deutschen Orden, dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, geehrt worden.

Drei verlorene Jahre für Rheinland-Pfalz

Ministerpräsident Scharping sollte unverzüglich sein Amt zur Verfügung stellen, um Schaden von Rheinland-Pfalz und seinen Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.

Mit dieser Forderung faßt der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Johannes Gerster, eine umfassende Bilanz zusammen, die drei Jahre SPD/FDP-Regierung in Mainz dokumentiert.

Johannes Gerster im Vorwort: Scharping könnte unserem Land einen Dienst erweisen, wenn er sich auf seine Bonner Ambitionen konzentriert und seinem von ihm bestimmten Nachfolger Platz macht. Vielleicht kommt dann die Chance, daß Rheinland-Pfalz wieder regiert und geführt wird. Die Politik der SPD-geführten Landesregierung ist heute nämlich nicht nur ohne Hand und Fuß, sondern auch ohne Kopf.

In einer 24seitigen Broschüre hat der CDU-Landesverband die Leistungen und Unterlassungen der Regierung Scharping einer kritischen Überprüfung unterzogen und detailliert belegt:

- Ministerpräsident Scharping verspricht als Kanzlerkandidat für Bonn Maßnahmen, die er im Land ebenso durchsetzen könnte, aber nicht anpackt.
- Die von der Landesregierung angekündigten Gesetzesinitiativen und Reformvorhaben sind mißraten, waren kontraproduktiv oder brachten sogar Schaden.
- Übertriebene Parteibuchwirtschaft und Selbstbedienungsaktionen für das eigene Klientel beweisen die mangelnde Souveränität der Landesregierung.

● Im Landeskabinett spielen sich politische Kontroversen ab, die weit über das hinausgehen, was im Zuge der politischen Meinungs- und Willensbildung üblich ist. Von Geschlossenheit keine Spur.

In dem Kapitel über „Scharping als Bundesvorsitzender“ und dessen Regierungsprogramm, in dem er sich als „Meister der Unverbindlichkeiten“ zeigt, heißt es:

Mit Rudolf Scharping ist ein Mann Bundesvorsitzender der SPD geworden, der in seinem ureigensten Verantwortungsreich — als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz — versagt hat. Das unterscheidet ihn von dem früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl.

Scharping versucht, drohenden Konflikten auszuweichen — aber nur taktisch. Die Süddeutsche Zeitung beschreibt den Weg Scharpings, beim „Großen Lauschangriff“ und bei den Blauhelm-Einsätzen den Kurs zu ändern, so: „Rudolf Scharping hat bisher kein Programm, sondern nur eine Strategie — die Strategie eines Ballonfahrers: Es gilt, Ballast abzuwerfen, um höherzusteigen“ (SZ vom 16. 11. 1993).

Scharping sucht den Weg in die Mitte. Er will „im schwarzen Bereich Wähler abfischen“ und allen echten Konflikten aus dem Weg gehen — aber die Partei folgt ihm nicht bedingungslos. „Zaghafte, Konturlosigkeit und Langeweile“ wirft der schleswig-holsteinische SPD-Landesparteitag dem SPD-Chef vor (taz vom

Keine Macht den Drogen

Mit einem Infopaket an die Kreisgeschäftsstellen hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Drogenpolitik informiert, die durch Fehlinterpretationen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts von März und aufgrund des Vorstoßes des Justizministers von NRW wieder in die Schlagzeilen geraten ist.

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: Gegen eine Verharmlosung von Drogen müssen wir uns im Interesse von jungen Menschen, Eltern und Erzie-

hern zur Wehr setzen. Zu einem drogenfreien Leben gibt es keine Alternative.

Für weitergehende Fragen zur Drogenproblematik stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle gerne zur Verfügung. Hingewiesen sei aber auch auf die Broschüre „Für ein Leben ohne Drogen“, herausgegeben vom Beauftragten der Bundesregierung für Drogenfragen, Eduard Lintner, die kostenlos beim Bundesministerium des Innern bezogen werden kann.

18. 4. 1994). Und der pfälzische Bundestagsabgeordnete Albrecht Müller verzichtete auf eine erneute Kandidatur — wegen der „Anpassung mancher führender Sozialdemokraten an konservative Forderungen“ (dpa vom 10. 3. 1994). Im parteiinternen Spott wird Scharping mittlerweile „Weichspüler“ genannt (Frankfurter Rundschau vom 2.5.1994).

In seinem Entwurf zum Regierungsprogramm — das am 22. Juni auf dem Bundesparteitag in Halle verabschiedet worden ist — setzt Scharping seinen Anpassungskurs an die „bürgerliche Mitte“ fort. Die Kritik ließ nicht lange auf sich warten.

Am deutlichsten wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein: „Der Programmwurf ist verschwommen und widersprüchlich“ (Bild). Einige Delegierte des Landesparteitages in Schleswig-Holstein kritisierten, der Entwurf lasse sich „an Unverbindlichkeiten kaum überbieten“ (Frankfurter Rundschau vom 18. 4. 1994).

Christoph Zöpel, ehemaliges Mitglied in

der Kommission „Regierungsprogramm 1994“, zeigt Scharping konsequenterweise die kalte Schulter. Sein Vorwurf: „Die SPD ist jetzt eine Präsidialpartei.“ (Spiegel vom 25. 4. 1994). Scharping, so Zöpel, verbreite die Unwahrheit. Der Kanzlerkandidat und seine Helfer machten sich des „gängigen Selbstbetruges“ schuldig (ebd.).

Der Spiegel schreibt: „Zöpels Auflehnung ist ein Indiz: Die Vorgabe des Parteivorsitzenden, die stets diskussionsfreundige Partei möge alles unterlassen, was Wähler der bürgerlichen Mitte am Schwenk zu den Sozialdemokraten abhält, stößt zunehmend auf Widerspruch.“ (Spiegel vom 25. 4. 1994).

Die Broschüre mit dem Titel „Anspruch und Wirklichkeit. Eine Bilanz nach drei Jahren SPD-Landesregierung“ kann bei der Landesgeschäftsstelle der rheinland-pfälzischen CDU, Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz, Tel.: 0 61 31/2 84 70, Telefax: 0 61 31/22 09 85 bezogen werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

● Wir kriegen nichts geschenkt . . .

lautet der Titel eines Faltblattes der Frauen-Union, das Falblatt und zugleich Geschenkpapier ist.

Auf der Vorderseite ist es mit einem pop-pigen Muster in der Farbe des FU-Signets bedruckt, und auf der Rückseite finden Sie interessante Informationen über den Weg zur Gleichberechtigung der Frau in diesem Jahrhundert. Größe 67 × 46 cm.

Bestell-Nr.: **2812**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 20,— DM



Wir kriegen nichts geschenkt.

◆ **DIESES GESCHENKPAPIER DÜRFEN SIE ALLERDINGS BEHALTEN.**

Endlich ein Faltblatt, mit dem Sie etwas anfangen können.



Die gute alte Zeit. Fragt sich nur für wen.

Erst seit 1900 dürfen Frauen an deutschen Universitäten studieren.

Heute sind Mädchen zahlreicher an allgemeinbildenden Schulen gleich stark vertreten wie Jungen. Mädchen erzielen aber merklich bessere Schulleistungen und weisen bessere Durchschnittswerten in den Abschlusszeugnissen auf: 51,0% der Abiturienten sind weiblich, jedoch nur 38,2% der Hochschulabsolventen sind Frauen.

● Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“

Bestell-Nr. **9808**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,— DM.

UID

23/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Post girokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.